

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Claude Million **4** Irving Fisher als Geldreformer
- Irving Fisher † **14** 100%-Money: Eine Einführung
- Jörg Gude **21** Zur Kritik von Nikolas Läufer an der Freigeldtheorie
- Eva-Maria Hubert **24** Marktversagen, Verschwendung und bürgerschaftliches Engagement – Versuch zur ökonomischen Begründung von Regionalgeld
- 29** Bücher – Bericht – Personalie – Veranstaltungen
- 35** 40. Mündener Gespräche in der Reinhardswaldschule

Liebe Leserin und lieber Leser,

im November letzten Jahres verstarb Professor Milton Friedman, dessen monetaristische Geldpolitik in den 1970er Jahren die anti-zyklische Fiskalpolitik des keynesianischen deficit spending ablöste. Dass Friedman die Bedeutung der Geldmengensteuerung ins Bewusstsein der Fachwelt und einer breiteren Öffentlichkeit hob, war zweifellos sein großes Verdienst. Allerdings übersah er die Instabilität der Geldumlaufgeschwindigkeit, welche die Selbststeuerungskräfte des Marktes, an die Friedman so sehr glaubte, stark beeinträchtigt.

Die Vergabe des Ökonomie-Nobelpreises an Milton Friedman und an Friedrich August von Hayek in der Mitte der 1970er Jahre markierte den Beginn der ‚neoliberalen‘ Ära mit ihrer Trinität von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung. US-Präsident Ronald Reagan und die britische Premierministerin Thatcher richteten sich nach diesen Politikempfehlungen. Und nach dem gewaltsamen Sturz des chilenischen Präsidenten Allende bestimmten ‚Chicago Boys‘ auch die Wirtschaftspolitik Chiles während des blutigen Regimes des Diktators Pinochet.

Seit der Mitte der 1970er Jahre gilt die Freiheit des weltweiten Kapitalverkehrs als Garant einer Wohlstandsmehrung für alle Menschen auf der Erde. Die Realität sieht freilich ganz anders aus. Die von der monetaristischen Geldpolitik nicht behobenen Funktionsmängel der kapitalistischen Märkte führten bei gleichzeitiger ‚Verschlankung‘ der Staaten zu sozialen Verwerfungen und Krisen. Die Gegensätze zwischen Reichtum und Armut verschärften sich sowohl innerhalb der wohlhabenden Industrieländer als auch global. Parallel dazu nahmen Umweltzerstörungen und kriegesische Auseinandersetzungen zu. Beim letzten Wirtschaftsforum in Davos brachten sogar etablierte Fachleute ihre Sorge zum Ausdruck,

dass die Globalisierung zu viele Verlierer hervorbringt.

Weltweit befinden sich rund 200 Millionen Menschen auf der Flucht vor Hunger, Perspektivlosigkeit und Gewalt. Und die wohlhabenden Länder schotten sich mehr und mehr ab, indem sie – im Widerspruch zu ihrer eigenen Freihandelsideologie! – Mauern und Grenzbefestigungen errichten: zwischen den USA und Mexiko, zwischen Costa Rica und Nicaragua, zwischen Spanien und Marokko und an anderen Orten dieser Welt. Die Leiden der Ausgegrenzten machen es für Menschen in den Wohlstandsregionen zur unabdingbaren Aufgabe, für die Benachteiligten und auch für sich selbst gerechtere und umweltverträglichere Strukturen des Wirtschaftens zu entwickeln.

Im Sinne des von Eva-Maria Hubert in ihrem Beitrag über das Regionalgeld angesprochenen „bürgerschaftlichen Engagements“ möchten wir zu solchen wirtschaftlichen Strukturen mit unseren Denkansätzen eines gerechteren Geldes beitragen. Und wir möchten uns auch mit verwandten Bestrebungen beschäftigen wie mit dem „100%-Money“ des anderen großen amerikanischen Geldtheoretikers Professor Irving Fisher, dessen quantitativtheoretische Verkehrsgleichung seit langem zum ökonomischen Lehrbuchwissen gehört. Aus Anlass von Fishers 60. Todestag am 29. April 2007 stellt uns Claude Million Stationen von Fishers geldreformerischem Wirken vor, das freilich auch von Widersprüchen nicht frei war. In unserem Verlag für Sozialökonomie erscheint Fishers Buch „100%-Money“ demnächst zum ersten Mal in deutscher Sprache. Klaus Karwat hat es übersetzt. Bitte beachten Sie nähere Hinweise dazu auf der hinteren Umschlagseite. Die hier wiedergegebene zusammenfassende Einleitung zum Buch „100%-Money“ möge Ihr Interesse an dem vollständigen Werk wecken.

Werner Onken

Dieter Suhr: Vom „Geld mit Mehrwert“ zum „Geld ohne Mehrwert“

„Gesells theoretische Analysen und Diagnosen könnten sich allgemein als treffend oder wenigstens anregend und richtungsanzeigend erweisen. Dafür spricht das Urteil von John Maynard Keynes. Zweitens könnte auch Gesells praktischer Vorschlag trotz seiner Ausrichtung auf Deflationskrisen wiederum allgemeingültigere konstruktive Elemente aufweisen, die seinen Vorschlag z.B. zur Vermeidung und vielleicht zur Überwindung auch von solchen Krisen bedenkenswert machen, die durch Stagnation unter den Bedingungen einer schleichenden bis trabenden Inflation stattfinden. Drittens hat Silvio Gesell das Problem des Mehrwerts behandelt. ...

Das Geld hat die bemerkenswerte Eigenschaft, dass es sich unbegrenzt und ohne nennenswerte Lagerkosten vom Markt zurückhalten lässt, während die Warenbesitzer wegen der ständig wachsenden Verluste eine Zwangsnachfrage nach Geld halten. ... Bevor die Marktteilnehmer die dem allgemeinen Güterverkehr gewidmete Zirkulationsbahn des Geldwesens benutzen dürfen, zahlen sie Eintritt an private Bahnbesitzer, die sich dank ihres Vermögens in das System haben einkaufen können: ein fast perfekt als markt- und leistungsgerecht getarntes und als solches erscheinendes System moderner Verkehrspründen. ... So belastet das Geld, das eine effektive Marktwirtschaft überhaupt erst ermöglicht, eben die Marktwirtschaft zugleich durch das Zinspründensystem, das dieses Geld mit sich bringt: eine sinnlose Kostenlast, die die Wirtschaft ständig mitschleppen muss. ...

Die Durchhaltekosten, die dem Geld angeheftet werden, kompensieren also ganz oder teilweise die Vorteile, die mit Liquidität verbunden sind, ohne die Liquidität als solche zu beeinträchtigen. Liquidität wird nicht beseitigt; sie wird nur kostspielig. ... Die Folgen und Fernwirkungen einer nationalen Einführung von Durchhaltekosten auf Liquidität sind wohl auch für den Fachmann schwer abzuschätzen, so dass man nur behutsam vorgehen darf. ... In der Tat bieten sich monetäre Gestaltungsmöglichkeiten, die bislang noch nicht systematisch konzipiert worden sind. ... Die Marktwirtschaft würde sich ganz sanft und nachhaltig durch ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus entledigen und sich zugleich von allen den Belastungen und Krisen befreien, die das alte Geld mit dem Mehrwert für die Marktwirtschaft mit sich bringt. ... Das, womit Gesell dem Geld ‚Beine machen‘ wollte, greift durch bis in uralte und bislang ewig ungelöste Gerechtigkeitsprobleme des Geldwesens. Offenbar wird der archimedische Punkt des monetären Systems getroffen. Dann darf man sich nicht wundern, wenn allerhand in Bewegung gerät und am Horizont Möglichkeiten auftauchen, an die man vorher nicht denken konnte, weil sie Fantasie und Vorstellungsvermögen des kapitalistisch eintrainierten Geistes gesprengt hätten. ...

Diesen Gedanken zu verfolgen, bedeutete jedoch für die zünftige Fachökonomie, dass man einem Außenseiter, den man jahrzehntelang beharrlich und trotz vielfacher Hinweise ignoriert hat, die Referenz erweisen müsste. ...

Nicht der (Geld-)Kapitalist, sondern die Geldordnung ist dafür verantwortlich, dass der im Geld eingebaute Mehrwert auf alle, die ein bisschen oder viel Geld übrig haben, seinen unwiderstehlichen monetären Magnetismus ausübt. ...

Weil das derzeitige Geld nicht neutral wirkt, hat es zur Folge, dass monetäre Anwartschaften auf das Sozialprodukt in falsche Kassen fließen, wo sie sich typischerweise als entbehrliches (marginales) Vermögen niederschlagen, das wieder nur Zinsen und Renditen sucht statt Waren und Dienstleistungen oder Kostbarkeiten nachzufragen. Wegen des langfristigen Nachfrageausfalls führt das u.a. zu konjunkturpolitischen Recycling-Problemen. ...

Die kapitalistische Parteilichkeit des Geldes ist willkürlich, unsozial und volkswirtschaftlich schädlich, weil sie Krisen vorprogrammiert. Sie ist menschenunwürdig, weil sie widersinnige Abhängigkeiten und Machtpositionen erzeugt. ...

Der ‚soziale Rechtsstaat‘ gebietet nicht, was die Geldordnung bewirkt: die Privilegierung typischerweise Vermögender durch die Möglichkeit, private Liquiditätssteuern zu erheben. Er gebietet mindestens Neutralität des Zirkulationsmittels, wenn nicht gar wohldosierte Kompensation. Da unsere derzeitige Geldordnung in der Tat den rein monetär bedingten Mehrwert in solche Vermögen hineinlenkt, in die er jedenfalls nicht hineingehört, widerspricht sie insoweit dem Grundgesetz. Sie muss, sobald und soweit wie irgend praktisch möglich, in Richtung auf einen sozial gerechteren Markt umgestaltet werden: Das Geld darf nicht länger ausgerechnet für die, die davon übrig haben, um es anzulegen, mehr wert sein als für die, die sich damit konkrete Waren und Dienstleistungen kaufen müssen. Die heutige Geldordnung ist nicht bloß ‚nicht sozial‘, sie ist das Gegenteil von sozial. Umso dringender das Gebot, sie zu ändern: durch die Ausgleichsabgabe auf Liquidität zur Abschöpfung des Mehrwerts, bevor er in der Volkswirtschaft seinen unsozialen Schaden anrichten kann. ...

Wir stoßen den Götzen Mammon vom Sockel und machen ihn zu unserem gehorsamen Diener. Da sich das ‚Geld mit Mehrwert‘ vom ‚Geld ohne ‚Mehrwert‘ nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ unterscheidet, bringt der Übergang vom kapitalistischen zum nicht-kapitalistischen Geld auch nicht nur eine graduelle, sondern eine qualitative Veränderung mit sich. Es verschwinden nicht nur ein paar Prozent Zinsen vom Markt, sondern es verschwindet die suchtbildende Lebenshaltung, zu der das alte Geld erzieht... Suchen und finden die Gelder, die die Vermögenden übrig haben, weniger als bisher Profit und Mehrwert, dafür aber stärker wirklichen Reichtum, dann läuft das auf eine entsprechende Umorientierung der Anbieter und der Märkte hinaus: weg von der extensiven Profitwirtschaft samt ihrer vorprogrammierten Tendenz zu Verschleißgütern hin in Richtung auf intensive Wertschöpfungsprozesse mit vorprogrammierter Tendenz zur Erzeugung arbeitsintensiver Kostbarkeiten. Die Umwelt hätte dabei wohl bessere Chancen als heute, denn sie wäre ja auch mitbegünstigt von der Umwertung der Werte.“

Prof. Dr. Dieter Suhr (1939 – 1990) | Geld ohne Mehrwert – Befreiung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten. Frankfurt 1983, S. 29, 33 – 34, 38 – 43, 51, 81, 87, 112 -113 und 122 – 132.

Irving Fisher als Geldreformer

Claude Million

Einleitung

Am 27. Februar 2007 wäre Irving Fisher (1867-1947) 140 Jahre alt geworden. Er gilt bis heute als der bedeutendste amerikanische Ökonom und zählt neben Keynes und Schumpeter zu den wichtigsten Wirtschaftstheoretikern des 20. Jahrhunderts.^[1]

Irving Fisher war auch ein leidenschaftlicher Reformier. Sein Reformeifer floss in Gesundheitsreform^[2], in die eugenische Bewegung^[3], in die Unterstützung der Prohibition (1920-1933) oder in sein Engagement für den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Völkerbund nach dem Ersten Weltkrieg. Als Tüftler machte er zudem zahlreiche mechanische Erfindungen, von denen viele patentiert wurden.

Bereits in den frühen 1920er Jahren hatte Irving Fisher seine Lehrverpflichtungen an der Yale University auf ein Minimum reduziert, um sich seinen Reformvorhaben widmen zu können.^[4] Dass sein wissenschaftliches Ansehen dadurch litt und er bei seinen Fachkollegen als überspannter Eiferer verschrien war, änderte nichts an der Tatsache, dass er bis ins hohe Alter hinein in regelmäßigen Abständen wichtige Beiträge zur Ökonomie lieferte. Und die Publikation eines neuen Buches von Fisher war stets ein öffentliches Ereignis, egal ob das Buch positiv oder negativ aufgenommen wurde.^[5]

Fishers wissenschaftlicher Antrieb war von der Motivation getragen, gesellschaftliche Verbesserungen zu bewirken.^[6] In seinen Augen trug sein reformerisches Engagement genauso dazu bei wie seine wirtschaftswissenschaftlichen Arbeiten. Gerade in den geldtheoretischen Schriften ist der Reformier Fisher kaum vom Wirtschaftstheoretiker zu trennen. Bei seinem Einsatz für kaufkraftstabiles Geld war Analyse zugleich Programm. In diesem Beitrag soll Fishers Lobbytätigkeit als Geldreformer anhand des „kompensierten Dollar“-Plans von 1911 und sei-

nem Einsatz für Schwundgeld^[7] 1932/33 skizziert werden. Dabei geht es u.a. um die Frage, wie Irving Fisher dazu kam, 1932/33 die Ausgabe von Schwundgeld in den USA zu propagieren, nachdem frühere Versuche, ihn für Silvio Gesells Geldreform-Idee zu interessieren, fehlgeschlagen waren.

Die Bedeutung der Kaufkraftstabilität des Geldes

In den 1920er und 1930er Jahren trug Fisher wie kaum ein anderer Ökonom zur Popularisierung der Idee kaufkraftstabilen Geldes bei. Die Geldpolitik sollte seiner Ansicht nach nicht dem Diktat der Wechselkurspolitik unterliegen, sondern die Stabilisierung des inländischen Preisniveaus zum Ziel haben. Sowohl mit theoretischen Arbeiten, als auch empirischen Studien, versuchte Fisher die „Festwährung“ auf wissenschaftlichem Gebiet voranzutreiben.^[8] Seine Belesenheit von der Idee der Festwährung^[9] ließ Fisher 1920/21 die „Stable Money Association“ ins Leben rufen – eine Vereinigung, die führende Vertreter von Wirtschaft und Politik aus dem In- und Ausland auf die Idee kaufkraftstabilen Geldes einschwor.^[10] Mit der ihm eigentümlichen Mischung aus Pädagogik, Propaganda und Hartnäckigkeit versuchte Fisher auf die monetäre Gesetzgebung seines Landes einzuwirken. Bis 1934 hatte er zum Thema der Kaufkraftstabilisierung nach eigenen Angaben insgesamt 99 Vorträge gehalten, 13 Bücher und 161 Artikel publiziert, 37 Briefe an die Presse verfasst und 12 privat gedruckte Rundschreiben verschickt. Darüber hinaus erschien er vor neun Anhörungen des U.S. Kongresses zum selbigen Thema.^[11] Warum war ihm die Kaufkraftstabilität des Geldes so wichtig?

Bei der Suche nach einer Antwort auf diese Frage fällt auf, dass Fisher stets bestrebt war, seine Argumente für kaufkraftstabiles Geld dem

wirtschaftspolitischen Tagesgeschehen anzupassen. Während er in seinem geldtheoretischen Hauptwerk „Die Kaufkraft des Geldes“ (1911, dt. 1916) die Gründe für die gestiegenen Lebenshaltungskosten erklären wollte, unterstrich er in der Broschüre „Der schwankende Geldwert“ (1923, dt. 1924), dass die Stabilisierung des Geldwertes eng mit politischer Stabilisierung auf internationaler Ebene verknüpft sei. 1926 legte er in einer Anhörung vor dem Bankenausschuss des Repräsentantenhauses dar, dass sowohl Inflation als auch Deflation Verschwörungstheorien Vorschub leisten würden, wonach Großunternehmen oder Rockefeller und Morgan hinter diesen Preisschwankungen stehen würden.^[12] So gesehen konnte ein stabiler Dollar als Beitrag zur inneren Sicherheit betrachtet werden, da er Misstrauen und falschen Schuldzuweisungen in der Gesellschaft entgegen wirkte. Nicht zuletzt war für Fisher die Stabilisierung der Kaufkraft aus konjunkturpolitischen Überlegungen von zentraler Bedeutung, ob in den boomenden 1920er Jahren oder in der Deflation der 1930er Jahre.

Vom „kompensierten Dollar“-Plan zur Offenmarktpolitik

Obwohl Fisher spätestens seit seiner Neuformulierung der Quantitätstheorie im Werk „Die Kaufkraft des Geldes“ ins Lager der Goldstandardkritiker gewechselt war, schien ihm die Zeit noch nicht reif, die Abschaffung des Goldstandards zu fordern. Die Vorstellung, Kaufkraftstabilität einer Währung ergebe sich automatisch aus einer festen Goldparität, war zu dieser Zeit noch zu stark verbreitet. Als Konzession an die Goldstandardmentalität schlug Fisher deshalb einen modifizierten Golddevisenstandard vor, den sogenannten „kompensierten Dollar“.^[13]

Der „kompensierte Dollar“-Plan zielte darauf ab, Kaufkraftschwankungen des in Gold definierten Dollars zu kompensieren, die von Schwankungen des Goldpreises herrührten. Der Goldgehalt des Dollars würde laufend den Goldpreisschwankungen angepasst werden, um so das Preisniveau stabil zu halten. In Fishers Worten: „Wir haben jetzt einen Dollar mit festem Ge-

wicht (25.8 Gran), aber veränderlicher Kaufkraft; nach dem von mir vorgeschlagenen Plan erhielten wir einen solchen von veränderlichem Gewicht, aber von feststehender Kaufkraft.“^[14]

Fishers Vorschlag, vorgebracht vor der Gründung der U.S. Zentralbank (Federal Reserve System) 1913, bereitete den Boden für die amerikanische Debatte über die Einführung einer „Indexwährung“ als Alternative zum Golddevisenstandard in den 1920er und 1930er Jahren. Diese Debatte war keineswegs rein akademischer Natur^[15], sondern wurde zum Großteil auf dem Parkett des U.S. Kongresses ausgefochten. Politischer Zankapfel dabei war die maßgeblich von Fisher ausformulierte „Goldsborough bill“ – einer Gesetzesvorlage, mit der das Federal Reserve System gesetzlich zur Stabilisierung des Preisniveaus verpflichtet worden wäre. Die „Goldsborough bill“, vom Abgeordneten Alan Goldsborough 1922 erstmals im Kongress eingebracht, wurde bis in die 1930er Jahre hinein in wechselnden Versionen im Kongress behandelt, ohne je angenommen zu werden.^[16]

Mit der seit Anfang der 1920er Jahre angewandten Offenmarktpolitik stand dem Federal Reserve System ein neues Instrument zur Geldmengensteuerung zur Verfügung. Während in den ersten beiden Versionen des „Goldsborough bill“ (1922 und 1924) die Geldmengensteuerung über die Manipulation des Goldgehalts des Dollars erfolgt wäre, ließ Fisher in den späteren Fassungen den „kompensierten Dollar“ fallen; stattdessen forderte er die konsequente Anwendung der Offenmarktpolitik zur Stabilisierung des Preisniveaus.^[17]

Irving Fisher bereute in späteren Jahren, dass er sich nicht vehementer gegen den Goldstandard eingesetzt hatte: „Ich schäme mich ein bisschen dafür, dass ich nicht richtig gegen die Erhaltung des Goldstandards oder seiner Wiedereinführung nach dem Weltkrieg gekämpft habe. Cassel meldete sich zu Wort, wie auch Keynes. Ich machte einige Anläufe, hatte aber das Gefühl, mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen und ließ bald davon ab.“^[18]

Silvio Gesells Interesse an Fishers Geldlehre

Irving Fishers geldreformerische Aktivitäten wurden auch außerhalb der Vereinigten Staaten von Kritikern des Goldstandards aufmerksam verfolgt, so zum Beispiel von den Geld- und Bodenreformbewegungen in der Schweiz und Deutschland. Einerseits wurde Fisher als willkommener Mitstreiter gewürdigt, andererseits bestand die Hoffnung, ihn für die eigenen Reformbestrebungen zu gewinnen. Der Versuch, Irving Fisher die Idee des Freigeldes nahe zu bringen, ist – als Andeutung zumindest – bis 1915 zurück dokumentiert.^[19]

Der „kompensierte Dollar“-Plan war von Silvio Gesell 1912 als das erkannt worden, was Fisher damit beabsichtigte, nämlich: den Schein des Goldstandards aufrecht zu erhalten, faktisch aber die Geldpolitik neu auf die Stabilisierung des amerikanischen Preisniveaus auszurichten. Die Implikationen von Fishers Plan für die internationalen währungspolitischen Arrangements der Zeit lagen für Gesell auf der Hand. Sollte der „kompensierte Dollar“ von den USA in die Praxis umgesetzt werden, müssten sie zu flexiblen Wechselkursen übergehen, was aber, wie Gesell betonte, „als ein großes Hindernis für den internationalen Handel“ empfunden werden würde.^[20] Nur unter einem internationalen Papiergeldstandard, so Gesell, wäre eine Entschärfung des Zielkonflikts zwischen Preisniveaustabilisierung und festen Wechselkursen denkbar: „Wir begrüßen diesen Vorschlag als einen weiteren Schritt auf dem Wege zur reinen Papierwährung und als gutes Propagandamaterial für unsere Zwecke. Die Zeit wird dann kommen, wo man einsehen wird, dass sich feste Warenpreise und feste Wechselkurse nur auf Grund einer Papierwährung vereinigen lassen, deren nationale Verwaltung von international gültigen Grundsätzen geleitet wird.“^[21]

Mehr als Irving Fishers Geldreformvorschlag interessierte aber Gesell die Neuformulierung der Quantitätstheorie, wie sie Fisher in seiner „Kaufkraft des Geldes“ veröffentlicht hatte.^[22] Gesell betrachtete nämlich sein Freigeld als die institutionelle Voraussetzung für das Funktionieren sowohl von Fishers Neuformulierung wie auch

der ursprünglichen – rohen – Quantitätstheorie^[23], wie er 1916 in einem Brief an den Ökonomieprofessor Stephan Bauer von der Universität Basel deutlich machte: „Das große Interesse, das Sie an der Arbeit Irving Fishers ... bewiesen haben, veranlasst mich Ihnen ein Muster eines neuen, eigenartigen Geldes zu übersenden, dessen Betrachtung Ihnen als Theoretiker der Währungsfrage ganz gewiss mancherlei Anregungen geben wird. Sehen Sie sich dieses Geld doch einmal vom Standpunkt der Quantitätstheorie Fishers an! Hier werden Sie, vielleicht mit Verblüffung, wahrnehmen, dass die ursprüngliche, sogen. rohe oder naive Quantitätstheorie diesem besonderen Geld gegenüber merkwürdigerweise wieder vollkommen richtig ist. Dieses Geld mit geschlossenem Kreislauf verwandelt die Umlaufgeschwindigkeit, die beim gewöhnlichen Geld äußerst variabel ist, in eine absolut konstante Größe, so dass Veränderungen im Angebot dieses Geldes nur allein noch von der Quantität herühren können. Erhält dann die Emissionsbank zum Auftrag alle sonstigen, auf die Warenpreise wirkenden Einflüsse (variabler Gebrauch bei [?] Kredit Geldsurrogaten, variables Warenangebot) durch Quantitätsänderungen des Geldes auszugleichen, so wird damit die rohe Quantitätstheorie nicht nur rehabilitiert, sondern direkt zum Drehpunkt der Währungspolitik erhoben.“^[24]

1927 unternahm in die USA ausgewanderte deutsche Gesellianer einen erneuten Versuch, Irving Fisher für die Ideen Gesells zu interessieren. Gesells „Natürliche Wirtschaftsordnung“ war ins Englische übersetzt worden und erste Verhandlungen mit einem amerikanischen Verlag in New York hatten stattgefunden. Irving Fisher sollte für das Vorwort der amerikanischen Ausgabe gewonnen werden. Gesell selbst zeigte sich skeptisch: „Es wäre schon gut, wenn Prof. Fisher sich der NWO annähme, und ich glaube auch, dass er es gerne täte, wenn er die Sache begreifen könnte. Ich fürchte jedoch, dass er bereits zu alt und in seine eigene Sache zu verliebt sein wird, um das Manuskript mit Verständnis zu lesen. Immerhin, der Versuch kann nichts schaden.“^[25]

Zum Vorwort kam es nicht, auch nicht zur geplanten Publikation in dem New Yorker Ver-

lagshaus. Fisher soll die Anfrage mit folgenden Worten abgelehnt haben: „Gesell hat einige erstklassige Ideen, aber seine Zinstheorie ist ein Trugschluss.“^[26] Dennoch nahm Irving Fisher die „Natürliche Wirtschaftsordnung“ in die Bibliographie seines gerade fertig gestellten Buches „Die Illusion des Geldes“ (1928) auf; eine Geste, die Gesell „für das Maximum“ hielt, „was von Fisher erreicht werden konnte.“^[27] Gegenüber seinem jungen Anhänger Walter Camp in New York, der sich um Fishers Vorwort bemüht hatte, brachte Gesell seine Enttäuschung mit einem Mahnwort zum Ausdruck: „Es ist sehr schade, dass Fisher kein Vorwort schreiben konnte. Es war ja zu erwarten. Er wehrt sich dagegen, in politische Kämpfe einbezogen zu werden. Vielleicht aber wird er eines Tages seine Haltung bereuen.“^[28]

Vom „Tanz des Dollars“ zum Börsenkrach

Durch eine patentierte Erfindung, die er an die Remington-Rand Corporation verkaufen konnte, und durch Börsenspekulation war Irving Fisher Mitte der 1920er Jahre Multi-Millionär geworden. Ein Großteil dieses Vermögens setzte er zur Finanzierung seiner zahlreichen Reformvorhaben ein, den anderen Teil belieh er, um an der boomenden amerikanischen Börse zu spekulieren.

Für Fisher widerspiegelten Konjunkturzyklen zunächst nichts weiter als den „Tanz des Dollars“^[29], d.h. das Auf und Ab der Konjunktur war die unmittelbare Folge von Kaufkraftschwankungen. Sein auf die Kaufkraft des Dollars fixierter Blick machte ihn aber blind für die Risse in der Wall Street im Herbst 1929. Von einer Überhitzung des Aktienmarktes war auf seinem Dollar-Barometer nichts zu sehen. Im Gegenteil, die Schönwetterfront strahlte bis weit über den Horizont hinaus und inspirierte Irving Fisher zwei Wochen vor dem großen Börsenkrach zu seiner legendären Fehlprognose: „Die Aktienkurse haben offenbar ein dauerhaft hohes Plateau erreicht.“^[30]

Mit dem Sturz der Börsenwerte an der Wall Street sank auch die Reputation Fishers als Geldexperte der „Neuen Ära“. Aus der Überzeugung, der Börsensturz entbehre jeglicher real-

wirtschaftlicher Grundlage und die wirtschaftliche Erholung stünde kurz bevor^[31], kaufte Fisher demonstrativ Aktien im fallenden Markt und rief in seiner bis anhin weit beachteten wöchentlichen Wirtschaftskolumne Investoren dazu auf, seinem Beispiel zu folgen. Fisher verlor auf diese Weise nicht nur sein gesamtes Vermögen und verhalf seiner treuen Leserschaft zu Verlusten, sondern häufte sich einen astronomischen Schuldenberg an, da er, wie viele Börsenjobber der Zeit, „auf Marge“ – d.h. kreditfinanziert – spekuliert hatte. Nur dank jahrelanger kräftiger Finanzspritzen seiner vermögenden Schwägerin blieb ihm die Schmach des Privatbankrotts erspart.^[32]

Präsident Hoovers „Kampagne gegen das Horten“

Im Februar 1932 appellierte der amerikanische Präsident Hoover an seine Landsleute, am „Krieg gegen die Wirtschaftskrise“ teilzunehmen und zwar mit der selben patriotischen Hingabe, wie sie es während des Weltkrieges getan hatten. Er forderte sie auf, seine „Kampagne gegen das Horten“ von Bargeld zu unterstützen, denn „jeder gehortete Dollar bedeutet die Zerstörung von \$ 5 bis \$ 10 Kredit.“^[33]

Bankenzusammenbrüche und die Einfrierung von Kundenguthaben hatten das Vertrauen der amerikanischen Bevölkerung in die Finanzinstitute ihres Landes zerrüttet. Viele bevorzugten es, ihr Geld zu Hause aufzubewahren. Hoover legte aber der amerikanischen Bevölkerung nahe, dass das Horten von Bargeld dem Gemeinwohl schade und es deshalb ein „patriotischer Dienst am ganzen Land“ wäre, wenn jeder seine Bargeldbestände zur Bank zurück bringen würde, damit diese es in Form von Krediten der Wirtschaft wieder zuführen könnten. Der Aufruf des Präsidenten zeigte Wirkung: innerhalb der ersten 10 Wochen der „Kampagne gegen das Horten“ flossen rund \$ 250 Mio. von den geschätzten \$ 1,3 Mrd. gehorteten Bargeldbeständen zurück an die Banken.

Der Wunsch, einen Beitrag im Kampf gegen die Krise zu leisten, veranlasste zahlreiche Amerikanerinnen und Amerikaner dem Aufruf ihres

Präsidenten Folge zu leisten. Was jedoch vielversprechend begann, endete in einem Fiasko, sowohl für Präsident Hoover als auch für all jene, die seinem Appell gutgläubig gefolgt waren. Hoover hatte nämlich nicht vorausgesehen, dass die Finanzinstitute auf die ihnen zugeflossenen Mittel sitzen bleiben würden anstatt sie als Kredite wieder in Umlauf zu bringen. Auch die expansive Geldpolitik der U.S. Notenbank blieb wirkungslos, da die durch Offenmarktpolitik geschaffene Liquidität bei den Geschäftsbanken hängen blieb anstatt in die Wirtschaft zu fließen. Trotz des Appells des Präsidenten riefen Banken nämlich weiterhin Kredite zurück und kündigten Kreditlinien. Darüber hinaus floss Gold an das Ausland ab und schmälerte dadurch die inländische Geldmenge und gefährdete dadurch die Goldeinlösbarkeit des Dollars. Das durch Hoovers Kampagne wieder gewonnene Vertrauen der Bevölkerung war bald verspielt: Banken machten dicht, Kunden verloren ihre Guthaben und fühlten sich von Hoover und seiner „Kampagne gegen das Horten“ betroffen.^[34]

Im Juli 1932, als der Staub von Hoovers fehlgeschlagener Initiative noch in der Luft hing, veröffentlichte die Nachrichtenagentur AP einen ungewöhnlichen Plan, mit dem das Problem des Hortens effektiver angegangen werden sollte. Der Plan war dem Präsidenten von einem Kongressabgeordneten unterbreitet worden, der ihn wiederum von einem Unternehmer aus Wisconsin, namens E.S. Barker, zugeschickt bekommen hatte. Der „Marken-Dollar“ Plan sah vor, vier Milliarden Dollar Notgeld zu emittieren, wobei die Scheine auf der Rückseite Felder für Briefmarken aufgedruckt hätten. Diese Felder müssten einmal pro Woche an einem bestimmten Stichtag mit einer 1-Cent-Briefmarke versehen werden, um ihren Nennwert zu behalten und als gesetzliches Zahlungsmittel zu kursieren. Mit dem periodischen Aufkleben einer Briefmarke sollte das Horten der Note verhindert werden. Nach zwei Jahren Umlaufzeit wären die Noten mit Marken im Gegenwert von 1.04 Dollar beklebt und könnten gegen einen gewöhnlichen Dollar eingetauscht werden, womit das Projekt „für sich selbst bezahlt“ hätte.^[35]

Hoover konnte mit dieser Idee wenig anfangen; ihm schien der Ausgleich des Staatshaushalts das Gebot der Stunde zu sein, um das in- und ausländische Vertrauen in das amerikanische Finanzsystem wieder herzustellen. Dann würde sich seiner Ansicht nach das Problem des Hortens von allein lösen. Irving Fisher hingegen, dem der Vorschlag zur Begutachtung vorgelegt worden war, zeigte sich von der potenziellen Wirksamkeit des „Marken-Dollar“ begeistert. Er schlug vor, die Bundesregierung solle jedem Bürger 100 Ein-Dollar-Noten schenken, um auf diese Weise die Wirtschaft von der Konsumentenseite her anzukurbeln: „Dieser einzigartige Plan würde unmittelbare Kaufkraft in die Hände jedes Konsumenten legen, Arbeitslose inbegriffen ... (er) würde als eine Markensteuer auf Horten funktionieren – dabei sowohl die Umlaufgeschwindigkeit als auch die Menge des Geldes erhöhen.“^[36]

Schulden-Deflation, „Marken-Dollars“ und Reflation

Fishers Fehleinschätzung der Börsenlage im Herbst 1929 und der Folgen des Börsenkrachs veranlassten ihn zu einer eingehenden Analyse der Ursachen von Wirtschaftskrisen. Im Sommer 1932 präsentierte er im Buch „Booms and Depressions“ die ersten Ergebnisse seiner Forschung.

Bei seiner Analyse war er zur paradoxen Schlussfolgerung gelangt, dass – in einer Krise – mit jeder getilgten Schuld die reale Schuld aller ausstehenden Verbindlichkeiten einer Volkswirtschaft stieg. Mit anderen Worten: je mehr Schulden zurück bezahlt wurden, desto höher drückte die reale Schuldenlast auf die Wirtschaft und lähmte diese. Jede Rückzahlung einer Schuld kam nämlich einer Geldvernichtung gleich und perpetuierte auf diese Weise das Absinken des Preisniveaus. Fisher schätzte, dass rund ein Drittel der umlaufenden Geldmenge, d.h. \$ 8 Mrd. von insgesamt \$ 23 Mrd., auf diese Weise vernichtet worden war.^[37] Verschlimmert wurde dieser Prozess durch die gesunkene Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.

Gemäß Fishers Analyse bildete „Schulden-Deflation“, wie er seine Diagnose nannte, die

Hauptursache der Krise.^[38] Ohne den unheilvollen Zusammenprall von Überschuldung und Deflation vermochten nach Fishers Krisentheorie weder Überproduktion, Unterkonsumtion, Überinvestition noch andere Krisenfaktoren eine Große Depression auszulösen. Nur durch eine kontrollierte Anhebung des Preisniveaus, einer sogenannten „Reflation“, konnte seiner Meinung nach das Problem der drückenden realen Schuldenlast entschärft und letztendlich behoben werden. Fisher betrachtete „Marken-Dollars“ als ein effektives Medium zur Erreichung dieses Ziels.

Der in New York lebende deutsche Gesellianer Hans Cohnssen (1905-1997) hatte aus der Presse von Professor Fishers Würdigung von Barkers „Marken-Dollar“ Plan erfahren und rief ihn an, um darauf aufmerksam zu machen, dass diese Idee von Silvio Gesell stammte, Schwundgeld genannt wurde und dass es in Europa bereits positive Erfahrungen aus Experimenten damit zu verzeichnen gab.^[39] Hans Cohnssen zufolge soll Fisher verwundert darüber gewesen sein, dass diese Idee ursprünglich von Gesell kam.^[40] Er scheint gewusst zu haben, dass Barker den Plan nicht selbst erdacht hatte, aber mit Silvio Gesell hatte er die Idee nicht in Verbindung gebracht.^[41]

Lobbyarbeit für Schwundgeld 1932-33 und die Abkehr vom Goldstandard

Fisher, der schon mehrere U.S. Präsidenten in Wirtschaftsfragen beraten hatte, war sich im Präsidentschaftswahljahr 1932 bewusst, dass im Falle einer Wahl des Gouverneurs Franklin D. Roosevelt zum Präsidenten ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel anstehen würde. Deshalb war es umso wichtiger, frühzeitig zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten Kontakt aufzubauen.

Fisher hatte es sich zur Gewohnheit gemacht, die Präsidentschaftskandidaten jeweils auf ihr Wirtschaftsprogramm hin zu befragen und schaltete jetzt Roosevelts Onkel Frederic Delano ein, um dem Treffen eine verbindlichere Note zu geben. Frederic Delano war der Präsident von Fishers „Stable Money Association“ gewesen und konnte ihn bei seinem prominenten Neffen einführen. Auf dieses Treffen würde sich Fisher

berufen, als es im Sommer 1933 darum ging, eine Privataudienz bei Präsident Roosevelt zu erhalten, um ihn von den Vorzügen einer landesweiten Ausgabe von Schwundgeld zu überzeugen.^[42]

Im Sommer 1932 erhielt Fisher zahlreiche Anfragen von Gemeinden, Tauschorganisationen und kaufmännischen Vereinigungen, die wegen der desolaten Bankensituation eigenes Notgeld (scrip) emittieren wollten und Fisher um Rat baten. Sollten sie das von ihm gepriesene Markennotgeld (stamp scrip^[43]) herausgeben? Und wenn ja, wie war dies zu bewerkstelligen?

Irving Fisher lobbyierte mit Hilfe von Hans Cohnssen vom Sommer 1932 bis zum Sommer 1933 für die Ausgabe von Schwundgeld in den USA.^[44] Bei der Beratung von lokalen Notgeld-Emittenten war ihnen nur wenig Erfolg beschieden. Und im Gegensatz zu seinem „kompensierten Dollar“-Plan und dem ab Mitte der 1930er Jahre vertretenen „100%-Geld“ blieb Fisher bei der Propagierung von Schwundgeld wissenschaftlich völlig isoliert. Dies führte u.a. dazu, dass er zur Popularisierung von Schwundgeld nicht davor zurück schreckte, sich ins agitatorische Abseits zu begeben. So versuchte er ausgerechnet den Radio-Prediger Father Coughlin für Schwundgeld zu begeistern, der in den 1930er Jahren eine der meistgehörten Radiosendungen hatte. Seine Predigten waren gespickt mit antisemitischen Hetzreden, in denen er die sog. „jüdische Hochfinanz“ für die Wirtschaftskrise verantwortlich machte. Fisher schickte sogar seinen (jüdischen) Assistenten Hans Cohnssen zu Father Coughlin nach Michigan, um diesen von Angesicht zu Angesicht von den Vorzügen des Schwundgeldes zu überzeugen. Coughlin wollte davon nichts wissen.^[45]

Weit erfolgreicher und weniger anrühlich war Fishers Versuch, Parlamentarier und führende Mitglieder der frisch gewählten Roosevelt-Administration für eine landesweite Ausgabe von Schwundgeld zu interessieren. Hier kam seine 20-jährige Erfahrung in geldpolitischer Lobbyarbeit zum tragen. Besonders auffällig ist, wie Fisher es verstand, den Schwundgeldvorschlag den Bedürfnissen der neuen Administration anzupassen: Roosevelt hatte, im Gegensatz zu seinen engsten Finanzberatern, ein offenes Ohr für

unkonventionelle Ideen im Bereich der Geld- und Währungspolitik. Gerade in der ersten Phase des „New Deal“ war er bestrebt, sein Wahlversprechen einzulösen, wonach er wie sein Vorgänger Hoover den Staatshaushalt ausgleichen würde. Zur Finanzierung von Öffentlichkeitsarbeiten wollte er zu diesem Zeitpunkt deshalb nicht zur Defizitfinanzierung greifen. Stattdessen war er auf der Suche nach budgetneutralen monetäre Maßnahmen.^[46]

Mit der Zuspitzung der Bankenkrise im Frühjahr 1933 war das Problem des Hortens nach wie vor akut. Darüber hinaus bestand ein breiter Konsens innerhalb der Administration und in der Bevölkerung, dass etwas gegen den Preisabbau getan werden musste. Für Irving Fisher waren dies drei gute Gründe für Schwundgeld: 1. Das Horten würde besteuert werden. 2. Es könnte zur „Reflation“ des Preisniveaus beitragen. Und 3. wäre Schwundgeld als finanzpolitisches Instrument einsetzbar, um Öffentlichkeitsarbeiten zu finanzieren, ohne dabei den Staatshaushalt zu belasten.

Nach der Übernahme der Amtsgeschäfte durch die Roosevelt-Administration im März 1933 entspannten sich zwei der oben genannten Probleme. Zum einen kehrte mit der Wiedereröffnung der Banken nach dem Bankenfeiertag (vom 5.-13. März) das Vertrauen der Bevölkerung in das amerikanische Finanzsystem allmählich zurück. Zum anderen hatte Roosevelt im April 1933 den Export von Gold verboten und somit die USA bis auf weiteres vom Goldstandard genommen. Mit der verbesserten Bankensituation nahm das Problem des Hortens ab und dank der Loslösung vom Gold begann das Preisniveau langsam zu steigen. Dadurch waren zwei von Fishers Argumenten für Schwundgeld vorerst obsolet geworden.

Die parlamentarischen Vorstöße von Senator Bankhead und dem Kongressabgeordneten Pettengill zur Verwendung von Schwundgeld als Finanzierungsinstrument für Öffentlichkeitsarbeiten entfachten zwar lebhaft Diskussionen im U.S. Kongress, hatten aber keine Aussicht auf Erfolg.^[47] Als Roosevelt im Juli 1933 an die Weltwirtschaftskonferenz in London mitteilte, dass sein Land einen Dollar anstrebe, der in

Zukunft dieselbe Kaufkraft haben würde^[48], sah sich Fisher am Ziel seiner langjährigen Bestrebungen für einen kaufkraftbeständigen Dollar. Fishers Euphorie über Roosevelts Wirtschaftspolitik hielt nicht lange und er schlug bald kritischere Töne gegenüber der neuen Administration an, aber 1933 war er noch voller Lob für den eingeschlagenen währungspolitischen Weg.

Obwohl Roosevelts geld- und währungspolitische Vorstellungen weniger von Irving Fisher als von George F. Warren und Frank A. Pearson von der Cornell University geprägt wurden^[49], glaubte Fisher, in diesen Fragen einen entscheidenden Einfluss auf den Präsidenten zu haben. Der Umstand, dass Roosevelt 1933 James Harvey Rogers zu seinem Chefberater in währungspolitischen Fragen machte, bestärkte Fisher in diesem Glauben. Denn Rogers war nicht nur ein Freund Fishers, sondern er war auch einer von Fishers wenigen Doktoranden gewesen und war seit 1930 Fakultätskollege an der Yale University.

Fisher überschätzte aber seinen Einfluss auf den Präsidenten und andere politische Entscheidungsträger innerhalb der Administration und er unterschätzte vor allem die negative Wirkung seines Übereifers bei der Propagierung wirtschaftspolitischer Patentrezepte auf akademische Kollegen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass Fisher mit seiner „Schulden-Deflationstheorie“ wie kaum ein anderer Ökonom seiner Zeit zum Verständnis der monetären und nicht-monetären Zusammenhänge der Großen Depression der 1930er Jahre beigetragen hat. Und obwohl Irving Fisher kein offizieller Berater von Roosevelt war, beteiligte er sich als Außenseiter intensiv an den Auseinandersetzungen über die zukünftige Gestaltung der amerikanischen Wirtschaft, auch wenn die ideologischen Fronten zwischen ihm und Roosevelts „Brains Trust“ klar gezogen waren.^[50]

James Harvey Rogers teilte Fishers Analyse der Krise und verfolgte dieselbe geld- und währungspolitische Linie wie sein Lehrer. Den Schwundgeld-Vorschlag wollte er jedoch nicht unterstützen. Ironischerweise kam durch Rogers ein anderer Vorschlag Fishers auf den Tisch: der „kompensierte Dollar“-Plan von 1911. Roosevelts Goldkaufaktion, die im Herbst 1933 gestartet wurde und bis Anfang 1934 dauerte, beruhte auf der

Idee des „kompensierten Dollar“ und hatte zum Ziel, durch eine Erhöhung des Goldpreises den Goldgehalt des Dollars zu reduzieren und dadurch die inländische Geldmenge auszuweiten, um so das Preisniveau der USA zu heben. Roosevelts „reflationistische“ Goldkaufaktion führte prompt zum ersten Bruch innerhalb der Administration: James Warburg und Professor Oliver Sprague, Roosevelts wichtigste Finanzberater, traten wegen ihrer scharfen Opposition zur Goldkaufaktion zurück.^[51] Sprague war es auch gewesen, der dem letzten Schwundgeld-Vorstoß von Irving Fisher und Hans Cohnsen im Sommer 1933 eine Absage erteilt hatte.^[52]

Irving Fishers geldreformerisches Engagement endete keineswegs mit der Ablehnung des Schwundgeld-Vorschlags. 1933 kursierte ein Memorandum einer Gruppe von Ökonomen der University of Chicago über die Reform des amerikanischen Geld- und Bankensystems, woraus der sogenannte „Chicago Plan“ hervorgehen würde.^[53] Wie bei all seinen Reformvorhaben stürzte sich Fisher mit missionarischem Eifer in die Werbetätigkeit für diesen Plan und modifizierte ihn nach seinen Vorstellungen zum „100%-Geld“ Vorschlag. Wie beim „kompensierten Dollar“ und beim Schwundgeld-Vorschlag ging es bei seinem letzten großen Geldreformprojekt um die optimale Steuerung der Geldmenge zur Stabilisierung der Kaufkraft der Geldes.

Als Person war und bleibt Irving Fisher kontrovers. Zum Verständnis der amerikanischen geld- und währungspolitischen Debatten der 1920er und 1930er Jahre führt aber kein Weg an ihm vorbei.

Literatur

- Allais M., Irving Fisher, in: *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Vol. 5., Hg. D.L. Sils, New York 1968, S. 475-485.
- Allen R.L., *Irving Fisher - A Biography*. Cambridge MA 1993.
- Allen W.R., Irving Fisher, F.D.R., and the Great Depression, in: *History of Political Economy*, Vol. 9, No. 4, 1977, S. 560-587.
- Barber W.J., *From New Era to New Deal: Herbert Hoover, the Economists, and American Economic Policy, 1921-1933*. Cambridge UK 1988 [EA 1985].
- Barber W.J., *Designs within Disorder: Franklin D. Roosevelt, the Economists, and the Shaping of American Economic Policy, 1933-1945*. Cambridge UK 1996.
- Barber W.J., *Irving Fisher (1867-1947): Career Highlights and Formative Influences*, in: *The Works of Irving Fisher*, Bd. 1, 1997, S. 3-21.

- Barber W.J., *Crusading for Eugenics*, in: *The Works of Irving Fisher*, Bd. 13, 1997, S. 160-207.
- Cargill T.F., *Irving Fisher Comments on Benjamin Strong and the Federal Reserve in the 1930s*, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 100, No. 6, 1992, S. 1273-1277.
- Cohnsen H., *Professor Irving Fisher und Schwundgeld*, in: *Letzte Politik*, 20.-26. Aug. 1932.
- Cohnsen H., *Wara*, in: *The New Republic*, August 10, 1932.
- Cohnsen H., *Marken-Notgeld*, in: *Wära-Handelsblatt*, 3. Jg., Nr. 4, April 1933, S. 1-2.
- Cohnsen H., *The Stamp Scrip Movement in the USA.*, in: *Suhr* 1989, S. 113-116.
- Cohnsen H., *Einer der auszog die Welt zu verändern. Erinnerungen eines Jahrhundertzeugen*. Frankfurt a.M. 1996.
- Cot A.L., *„Breed Out the Unfit and Breed In the Fit“ - Irving Fisher, Economics, and the Science of Heredity*, in: *American Journal of Economics and Sociology*, Vol. 64, No. 3, July 2005, S. 793-826.
- Dimand R. und Geanakoplos J.(Hg.), *Celebrating Irving Fisher: The Legacy of a Great Economist*. Oxford 2005.
- Dorfman J., *The Economic Mind in American Civilization*, Bde. 4 und 5 (1918-1933). New York 1959.
- Fisher I., *Die Kaufkraft des Geldes: Ihre Bestimmung und ihre Beziehung zu Kredit, Zins und Krisen*. Aus dem Engl. übersetzt von I. Stecker. Berlin 1916 [EA 1911]
- Fisher I., *Der schwankende Geldwert - Seine Ursachen und Folgen und Vorschläge zu seiner Beseitigung*. Berlin 1924 [EA 1923]
- Fisher I., *Selbstdarstellung*, in: *Die Volkswirtschaftslehre in Selbstdarstellungen*, Bd. 2, Hg. F. Meiner. Aus dem Engl. übersetzt von G. Kutzscher. Leipzig 1929, S. 1-16.
- Fisher I., *The Works of Irving Fisher*, 14 Bde., Hg. W.J. Barber. London 1997.
- Fisher I., *Booms and Depressions - Some First Principles*. New York 1932.
- Fisher I.N., *My Father Irving Fisher*. New York 1956.
- Fisher I., mit Cohnsen H. und Fisher H.W., *Stamp Scrip*. New York 1933.
- Fisher I., mit Cohnsen H., *Feste Währung - Zur Entwicklungsgeschichte der Idee*. Aus dem Englischen übersetzt von S. Speyerer. Uchtdorf 1937 [EA 1934].
- Fusfeld D.R., *The Economic Thought of Franklin D. Roosevelt and the Origins of the New Deal*. New York 1956.
- Galbraith J.K., *The Great Crash 1929*, New York 1980 [EA 1954].
- Galbraith J.K., *Die Tyrannei der Umstände*. Aus dem Englischen übersetzt von H. Drube und W. Schwarz. Bern/München 1978 [EA 1977].
- Gesell S., *Gesammelte Werke 1891-1930*, 18 Bde., Hg. Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung, Lütjeburg 1988-2000.
- Harper J., *Scrip and other Forms of Local Money*. Unveröffentlichte PhD Dissertation, University of Chicago, 1948. Ann Arbor 1995.
- Hofstadter R., *Social Darwinism in American Thought*. Boston 1962 [EA 1944].
- Kühl S., *Die Internationale der Rassisten - Aufstieg und Niedergang der internationalen Bewegung für Eugenik und Rassenhygiene im 20. Jahrhundert*. Frankfurt a.M./New York 1997.
- Küsel B., *Die Darstellung und Kritik des wirtschaftswissenschaftlichen Werks Irving Fishers (1867-1947)*. Unveröffentlichte Dissertation, Humboldt-Universität Berlin, 1992.
- Leuchtenburg W. E., *Franklin D. Roosevelt and the New Deal, 1932-1940*. New York 1963.
- Loeff H.-E. und Monissen H.G. (Hg.), *The Economics of Irving Fisher: Reviewing the Scientific Work of a Great Economist*. Cheltenham UK/Northampton 1999.
- McGrattan, E.R. und Prescott E.C., *The 1929 Stock Market:*

- Irving Fisher was right, in: *International Economic Review*, Vol. 45, No. 4, November 2004, S. 991-1009.
- Monissen H.G., Irving Fisher (1867-1947), in: J. Starbatty (Hg.): *Klassiker des ökonomischen Denkens*, Bd. 2, 1989, S. 211-230.
 - Patinkin D., Irving Fisher and His Compensated Dollar Plan, in: *Federal Reserve Bank of Richmond Economic Quarterly* 79/3, 1993, S. 1-33.
 - Pavanelli G., The Great Depression in Irving Fisher's Thought, Manuskript unter: <http://web.econ.unito.it/prato/papers/qd57.pdf>, December 2001.
 - Phillips R., The Chicago Plan & New Deal Banking Reform. Armonk NY/London 1995.
 - Reeve J.E., Monetary Reform Movements – A Survey of Recent Plans and Panaceas. Washington DC 1943.
 - Suhr D., The Capitalistic Cost-Benefit Structure of Money. An Analysis of Money's Structural Nonneutrality and its Effects on the Economy. Berlin 1989.
 - Tobin J., Irving Fisher, in: J. Eatwell, M. Milgate, P. Newman (Hg.): *The New Palgrave. Capital Theory*. New York/London, 1990, S. 161-177. [EA 1987]
 - Vogt A., Irving Fisher (1867-1947) – Zum 50. Todestag eines großen amerikanischen Ökonomen, in: *Mitteilungsblatt für Konjunkturfragen* 1/97, 1997, S. 3-8.
 - Vogt A., Irving Fisher und Silvio Gesell, in: *Evolution*, 27. Jg., No. 4, April 1997, S. 1-3.
 - "Wie schwer die Werbearbeit für Freigeld ist", in: *Freiwirtschaftliche Zeitung* (Bern), XI. Jg., Nr. 2, Januar 1933, S. 4.

Anmerkungen

- 01 Bezeichnend für die umfassende Wertschätzung die Fishers Werk bis heute erfährt ist, dass Uneinigkeit darüber herrscht, welches Werk von ihm nun als sein Hauptwerk zu betrachten ist. Fishers herausragende Beiträge erstrecken sich nämlich über die Geld- und Zinstheorie, Marginalanalyse, Gleichgewichtstheorie und die Konstruktion von Indexzahlen. Fisher gilt auch als einer der Begründer der Ökonometrie. (Vgl. Monissen 1989 und Küsel 1992)
- 02 Das meistverkaufte Werk Fishers war sein Gesundheitsratgeber „How to Live“ (EA 1915, dt. 1939).
- 03 Bei Fishers Engagement für Eugenik kommt der intellektuelle Einfluss seines Mentors William Graham Sumner (1840-1910) besonders stark zum Ausdruck. Sumner, ein protestantischer Theologe, war ab 1872 Professor für Politik- und Sozialwissenschaft am Yale College und war der einflussreichste Sozialdarwinist der USA (Hofstadter, S. 53/51). Für Sumner war der tüchtige, sparsame Idealmensch des Protestantismus der Inbegriff des „Stärkeren“ im Kampf ums Dasein. Im Denken William Sumners diente die *laissez-faire* Doktrin der klassischen Politischen Ökonomie als Vehikel für die „natürliche Auslese“ in Wirtschaft und Gesellschaft (Ebd., S. 51). Fisher, der durch Sumner von der Mathematik zur Ökonomie gekommen war, lehnte Sumners *laissez-faire* Postulat ab, vertrat aber denselben sozialdarwinistischen Determinismus wie sein Lehrer (vgl. Cot 2005, S. 795). Im Gegensatz zu Sumner war Fisher der Meinung, staatliche Interventionen seien gerade deshalb nötig, um die gesellschaftlichen Vorzüge der „natürlichen Auslese“ zur Geltung zu bringen. So war es auch die „kontraselektive Wirkung des Krieges“, die Fisher zum Anhänger eugenischer Friedenspolitik werden ließ (vgl. Kühl 1997, S. 40 ff.); Fishers Lobbyarbeit für einen Beitritt der USA zum Völkerbund war demnach eben falls eugenisch motiviert (vgl. Barber 1997, Bd. 13, S. 206). Ihm schwebte die Eugenik als Meta-Theorie aller Sozialwissenschaften vor (vgl. Cot 2005, S. 814). Obwohl Fishers Arbeit als Ökonom und Apostel der Eugenik sich gegenseitig beeinflussten, lassen sich wie Annie Cot zeigt, seine Arbeiten über Allgemeine Gleichgewichtstheorie, Geldtheorie und Indexzahlen nicht durch einen biologischen oder eugenischen Bezugsrahmen erschließen (Ebd., S. 814). Ich danke Herrn Prof. Jakob Tanner (Universität Zürich) für den Hinweis auf Kühl 1997 und für seinen Anstoß, den Verbindungen zwischen Fishers Engagement in der Eugenischen Bewegung und seinem ökonomischen Denken nachzugehen.
- 04 Tobin 1987, S. 164-165.
- 05 Allais 1968, S. 483.
- 06 Tobin 1987, S. 162.
- 07 Hier wird bewusst der Begriff „Schwundgeld“ verwendet und nicht „Freigeld“. „Freigeld“ bezeichnet m.E. nur ein unter Annahmewang stehendes „Schwundgeld“, wie Silvio Gesell es in seiner „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ (1916) vorgeschlagen hatte. Nach dieser Lesart deckt der Begriff des Schwundgeldes sowohl die Emissionen von „Wära“ (1929-1931) und die in Wörgl (1932-1933) ausgegebenen „Arbeitswertscheine“ ab. Ferner gehört auch das in den 1930er Jahren in den USA ausgegebene „datierte Stempelscrip“ (dated stamp scrip) zur Kategorie des Schwundgeldes (vgl. Fisher/Cohrssen 1933 und Harper 1948).
- 08 Dazu sind auch Fishers Arbeiten zu Indexzahlen zu zählen (vgl. Vogt 1997). Fisher erstellte den ersten Großhandelsindex der USA; ab 1923 verkaufte das von ihm gegründete „Index-Number Institut“ Indices an die amerikanische und internationale Presse. Robert Allen weist darauf hin, dass die weite Verbreitung von Fishers Indexzahlen Menschen, wie auch Regierungen, für Preisschwankungen sensibilisierte und das Konzept kaufkraftstabilen Geldes erst fassbar machte (vgl. Allen, S. 173). Fisher erklärte die Tatsache, dass die Stabilisierung des Dollars bis dahin unterlassen worden war, mit dem Fehlen eines geeigneten Instruments. Seit der Entwicklung von Indexzahlen aber, „liegt (es) nun in der Macht der menschlichen Gesellschaft, ein stabilisiertes Einheitsmaß des Geldes, einen stabilen Dollar, zu schaffen.“ (Fisher 1916, S. 424)
- 09 Allais 1968, S. 480.
- 10 Vgl. Allen 1993, S. 164 ff. Die „Stable Money Association“ hieß zu Beginn „Stable Money League“.
- 11 Fisher/Cohrssen 1937, S. 318.
- 12 Vgl. Barber 1988, S. 203, Fn 48.
- 13 Vgl. Fisher 1916, S. 416 ff. und Patinkin 1993.
- 14 Fisher 1916, S. 417.
- 15 Für die wissenschaftliche Rezeption des „kompensierten Dollar“-Plans vgl. Patinkin 1993, S. 9-15.
- 16 Barber 1988, S. 24.
- 17 Verkörpert wurde die stabilitätsorientierte Offenmarktpolitik, in den Augen Fishers, durch den damaligen Gouverneur der Federal Reserve Bank of New York, Benjamin Strong (1872-1928), vgl. Cargill 1992.
- 18 Brief an Edwin Kemmerer vom 17. April 1936, Nachlass Kemmerer, Princeton University. Abgedruckt in: *The Works of Irving Fisher*, 1997, Bd. 14, S. 146. Übersetzung des Verfassers.
- 19 In einer Notiz Silvio Gesells an Fritz Trefzer vom 21. Oktober 1915 ist zu lesen: „Die Christensche Broschüre ist nun erschienen. Würden Sie so freundlich sein, ein Exemplar an Prof. Irving Fisher ... zu senden. Er spricht deutsch und schreibt über Zins und Geld. Ich würde es tun, aber er kennt mich und würde darum nicht so unbefangen an das Studium der Christenschen Schrift gehen.“ (Abgedruckt in: Silvio Gesell, *Gesammelte Werke*, Bd. 18, S. 103). Mit der „Christenschen Broschüre“ meint Gesell möglicherweise „Die Kaufkraft des Geldes und ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft“ von Theophil Christen, 1915 als Sonderdruck aus den „Annalen des Deutschen Reichs“ (Heft 7, 1915) erschienen.
- 20 Silvio Gesell, *Gesammelte Werke*, Bd. 7, S. 198.
- 21 Vgl. Silvio Gesell, *Gesammelte Werke*, Bd. 7, S. 196-199. Ferner: „Ob sich Fisher Beschränkung aus Taktik- oder Tiktakgründen

- auferlegte, weiß ich nicht. Möglich, dass er nicht alles sagen wollte, um dem Wenigen nicht den Weg zu versperren. In meiner zitierten Schrift [S. Gesell, *El sistema monetario argentino, sus ventajas y su perfeccionamiento, Buenos Aires 1893*] habe ich aus dem gleichen Grunde auch nicht alles gesagt, aber doch vielleicht zu viel.“ (S. Gesell, Was bietet die Freiwirtschaftslehre eigentlich Neues an volkswirtschaftlichen Erkenntnissen? [EA 1925] Abgedruckt in: *Gesammelte Werke*, Bd. 15, S. 336).
- 22 Fishers Transaktionsgleichung $P=(MV+M'V):T$ mit einer Erläuterung von John Kenneth Galbraith: „P steht für Preise. M ist der Betrag an ... Bargeld im Umlauf. M' ist jener weit größere Betrag, der den Bankdepositen entspricht. V und V' beziehen sich auf die Geschwindigkeit, mit der diese beiden Arten von Geld ausgegeben werden. ... Die Preise steigen, wenn die Geldmenge (M) zunimmt. Aber neben dem Geld, das direkt von Hand zu Hand geht, muss der bargeldlose Zahlungsverkehr mittels Schecks (M') berücksichtigt werden. ... In jedem Fall (muss man) die Geldmenge mit der entsprechenden Umlaufgeschwindigkeit (V) multiplizieren... Das Ganze (muss man) durch die Anzahl der Transaktionen (T) dividieren, um das Handelsvolumen mit zu berücksichtigen.“ (Galbraith 1977, S. 205-206)
- 23 Mit der naiven Quantitätstheorie ist jene des 16. Jahrhunderts gemeint, wie sie zum Beispiel von Nikolaus Kopernikus, Bernardo Davanzati oder Jean Bodin vertreten wurde. Als naiv wird sie deshalb bezeichnet, weil sie behauptet, es bestünde eine direkte Proportionalität zwischen Geldmengenveränderungen und Veränderungen des Preisniveaus. Die Geldumlaufgeschwindigkeit wird als Einflussfaktor vernachlässigt.
- 24 Silvio Gesell an Prof. Stephan Bauer vom 12. Juli 1916. Hervorhebungen im Original. Nachlass Stephan Bauer, Schweizerisches Wirtschaftsarchiv [CH SWA HS 417 E15], Universitätsbibliothek Basel. Mit geringfügigen Abweichungen vom Original als Entwurf abgedruckt in: Silvio Gesell, *Gesammelte Werke*, Bd. 18, S. 129. Prof. Stephan Bauer (1865-1934) war der erste Vertreter von Fishers Version der Quantitätstheorie im deutschsprachigen Raum. Er hat auch die deutsche Übersetzung von Fishers „Kaufkraft des Geldes“ (1911, dt. 1916) revidiert.
- 25 Silvio Gesell an Hugo Fack vom 7. Dezember 1927, abgedruckt in: Silvio Gesell, *Gesammelte Werke*, Bd. 18, S. 344.
- 26 Silvio Gesell an Philip Pye vom 11. Juli 1928. Abgedruckt in: Silvio Gesell, *Gesammelte Werke*, Bd. 18, S. 364.
- 27 Silvio Gesell an Hugo Fack vom 24. Juni 1928. Abgedruckt in: Silvio Gesell, *Gesammelte Werke*, Bd. 18, S. 362.
- 28 Silvio Gesell an Walter Camp vom 20. Juli 1928. Abgedruckt in: Silvio Gesell, *Gesammelte Werke*, Bd. 18, S. 370.
- 29 Vgl. Fishers Aufsatz „The Business Cycle Largely a 'Dance of the Dollar'“, in: *Journal of the American Statistical Association*, Vol. 18, S. 1024-1028.
- 30 „Stock prices have reached what looks like a permanently high plateau.“ Zitiert nach Galbraith 1954, S. 95. Übers. d. Verf.
- 31 Ellen McGrattan und Edward Prescott von der Federal Reserve Bank of Minneapolis bestätigen in einer neueren Untersuchung Fishers empirische Erhebung der wirtschaftlichen Fundamentaldaten vor dem Börsenkrach 1929 und stützen somit seine berüchtigte und heute noch belächelte These, wonach der U.S. Aktienmarkt im Herbst 1929 nicht überbewertet, sondern unterbewertet gewesen sei. (Vgl. McGrattan/Prescott 2004)
- 32 Vgl. Allen 1993, S. 213 ff.
- 33 „Hoover asks Public to Cease Hoarding“, in: *The New York Times*, February 4, 1932, S. 1.
- 34 Für diesen Abschnitt vgl. Barber 1988, S. 140/141.
- 35 Vgl. Barber 1988, S. 161-162 und H. Cohnssen, Professor Irving Fisher und Schwundgeld, in: *Letzte Politik*, 20.-26. Aug. 1932.
- 36 Fisher 1932, S. 227.
- 37 Pavanelli, S. 10.
- 38 Vgl. I. Fisher, *The Debt-Deflation Theory of Great Depressions*, in: *Econometrica*, Vol. 1, No. 4, October 1933, S. 337-357.
- 39 Hans Cohnssen hatte im Juli 1932 gerade einen Artikel über den Versuch mit Wära bei der amerikanischen Wochenzeitschrift „The New Republic“ in Druck gegeben (vgl. H. Cohnssen, Wära, in: *The New Republic*, August 10, 1932).
- 40 „Das ist also Gesells Idee. Sind Sie (sich) dessen auch ganz sicher? Gesell hat mir verschiedentlich geschrieben, doch ich lese deutsch nicht fließend, so habe ich mich nie in seine Ideen vertiefen können und wusste nicht, was er wollte. Wenn das Schwundgeld wirklich Gesells Erfindung ist, dann muss ich Ihnen sagen, ich schäme mich, dass ich Gesell nicht studiert habe, denn damit habe ich sicher etwas sehr Wichtiges versäumt.“ Zitiert nach H. Cohnssen, Professor Irving Fisher und Schwundgeld, in: *Letzte Politik*, 20.-26. Aug. 1932. Diese Aussage Fishers veranlasste Hans Timm in Gesells Archiv in Eden bei Oranienburg die Korrespondenz zwischen ihm und Fisher zu überprüfen. In einem Brief an die Redaktion der Freiwirtschaftlichen Zeitung (Bern) schreibt er, dass „Gesell mehrfach, auch englisch, an Prof. Fisher geschrieben hatte, und zwar ausführlicher ...“ Vgl. „Wie schwer die Werbearbeit für Freigeld ist“, in: *Freiwirtschaftliche Zeitung* (Bern), XI. Jg., Nr. 2, Januar 1933, S. 4. Hervorhebung im Original.
- 41 Mit Bezug auf den Markengeld-Plan schreibt Fisher auf S. 226 seines Buches „Booms and Depressions“: „Um Kaufen anzuregen ist ein genialer Plan vorgeschlagen worden ... obwohl ich nicht herausfinden konnte von wem.“ Die kurz vor der Drucklegung beigefügte Fußnote nennt dann, gemäß Cohnssens Hinweis, Gesell als Urheber der Idee.
- 42 Vgl. Allen 1977.
- 43 In den USA wurden während der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre zwei Varianten von stamp scrip emittiert: transaction stamp scrip – eine Art Tobin-Tax-Währung, bei der jede Transaktion besteuert wurde, und das dated stamp scrip, welches nach dem Schwundgeld-Prinzip funktionierte (vgl. Fisher/Cohnssen 1933, Harper 1948 und Cohnssen 1989).
- 44 Hans Cohnssen blieb nachher 10 Jahre lang Fishers Assistent und unterstützte ihn auch bei seinem letzten großen Geldreformprojekt, „100%-Geld“ (vgl. H. Cohnssen in: Suhr 1989, S. 113-116 und Cohnssen 1996, S. 67-97).
- 45 Diese Begegnung entbehrte nicht grotesker Komik, wie sich Hans Cohnssen erinnerte: „Fisher wollte versuchen, Coughlins populären Einfluss in positive Bahnen zu lenken, d.h. ihn für das Schwundgeldprojekt einzuspannen. So arrangierte Fisher meinen Besuch bei Father Coughlin. Dieser empfing mich in seinem bescheidenen Büro hinter seiner prächtigen, mit Spenden seiner Zuhörer erbauten Kathedrale. Er war ein mächtiger, wortgewandter Ire, misstrauisch gegen alle, die seinen Erfolg für ihre Zwecke auszunutzen versuchten und zu denen er mich zweifellos zählte. Ich erinnere mich, mit Engelsingeln auf ihn eingeredet zu haben, und hatte dabei das Gefühl, die Mauer von Vorurteilen nicht durchbrechen zu können.“ (Cohnssen 1996, S. 68/69)
- 46 Vgl. Dorfman 1959, S. 654.
- 47 Vgl. Fisher/Cohnssen 1933, S. 79 ff.
- 48 „The United States of America seeks the kind of a dollar which a generation hence will have the same purchasing power and debt-paying power as the dollar we hope to attain in the near future.“ Franklin D. Roosevelt, radiogram to the London Economic Conference, July 3, 1933. Zitiert nach Fisher 1956, S. 259.
- 49 Vgl. Füsfield 1956, S. 193.
- 50 Vgl. Barber 1996.
- 51 Leuchtenberg 1963, S. 80.
- 52 Vgl. Cohnssen 1989, S. 116.
- 53 Vgl. Phillips 1995.

100% - Money: Eine Einführung

Irving Fisher †

Wie in manchen anderen Ländern auch werden in den USA die meisten Rechnungen bargeldlos mit Scheck bezahlt – und nicht mit Geld, das per Hand übergeben wird. Wenn jemand einen Scheck ausstellt, dann stellt er ihn auf das Geld aus, „das er auf der Bank hat“ und das im Verzeichnis seines Scheckbuchs eingeschrieben ist. Die Summe aller laufenden Konten für solche Scheckverzeichnisse des ganzen Landes, also alle Sichtguthaben, oder anders gesagt alles „Geld“, was als Guthaben auf Bankkonten liegt und bargeldlos per Scheck ausgegeben werden kann, ist die Summe der Hauptlaufmittel der USA. Ich schlage vor, dieses Geld „Scheckbuchgeld“ zu nennen, um es von Bargeld oder „Brieftaschengeld“ zu unterscheiden. „Brieftaschengeld“ ist das ursprünglichere Geld von beiden. Es ist sichtbar und berührbar, beim „Scheckbuchgeld“ ist das anders. Sein Anspruch, Geld zu sein und wie wirkliches Geld verwendet zu werden, basiert auf dem Glauben, dass es wirkliches Geld „repräsentiert“ und auf Verlangen in wirkliches Geld umgetauscht werden kann, indem ein Scheck gegen Bargeld eingelöst wird. Der Hauptunterschied zwischen „Scheckbuchgeld“ und „Brieftaschengeld“ ist, dass letzteres Inhabergeld ist, das in jedermanns Hand „gutes“ Geld darstellt, während „Scheckbuchgeld“ einer speziellen Erlaubnis des Gläubigers bedarf, um als Zahlungsmittel akzeptiert zu werden.

Im Jahr 1926, das als repräsentatives Jahr vor Ausbruch der großen Depression bezeichnet werden kann, belief sich die Gesamtsumme des „Scheckbuchgelds“ in den USA nach einer Schätzung auf 22 Milliarden Dollar, während die Gesamtsumme des „Brieftaschengelds“ außerhalb der Banken und des US-Schatzamts weniger als 4 Milliarden Dollar betrug. Beide zusammen stellten die gesamten Umlaufmittel des Landes dar, die sich in privaten Händen befanden: 4 Milliarden in der Hand und 22 Milliarden auf Scheckkonten.^[1] Viele Menschen meinen, dass

„Scheckbuchgeld“ richtiges Geld sei und sich wirklich in der Bank befinde. Das entspricht aber ganz und gar nicht der Wahrheit. Was eigentlich ist dann dieses „Scheckbuchgeld“, das wir fälschlicherweise als unser „Geld auf der Bank“ bezeichnen? Es ist einfach nur das Versprechen der Bank, den Kontoinhabern auf Verlangen Bargeld auszuzahlen. Als Deckung für die 1926 vorhandenen 22 Milliarden bargeldlos per Scheck verfügbaren Guthaben verfügten die Banken über nur 3 Milliarden echtes Bargeld. Die verbliebenen 19 Milliarden waren Vermögensanlagen, die kein Geld sind – zum Beispiel Schuldscheine von Kreditnehmern und Regierungs- bzw. Unternehmensanleihen. In normalen Zeiten, wie zum Beispiel im Jahr 1926, reichten die 3 Milliarden an Geld aus, um den Kontoinhabern alles Geld oder besser gesagt „Bargeld“ auszuzahlen, das sie verlangten. Wenn aber alle Kontoinhaber gleichzeitig Bargeld verlangt hätten, hätten die Banken auch bei Verkauf ihres sonstigen Vermögens nicht genug Bargeld gehabt. Denn im gesamten Land stand nicht genug Bargeld zur Verfügung, um die gesamten 22 Milliarden auszuzahlen. Wenn alle Kontoinhaber gleichzeitig Gold verlangt hätten, dann hätte es auf der ganzen Welt nicht genug Gold gegeben, um ihr Verlangen zu erfüllen.

Zwischen 1926 und 1929 nahm die gesamten Umlaufmittel leicht zu – von 26 auf 27 Milliarden, davon 23 Milliarden „Scheckbuchgeld“ und 4 Milliarden „Brieftaschengeld“.

Demgegenüber schrumpfte zwischen 1929 und 1933 das „Scheckbuchgeld“ auf 15 Milliarden. Zusammen mit 5 Milliarden echtem Geld in Brieftaschen und Kassen ergab das insgesamt 20 Milliarden Umlaufmittel gegenüber 27 Milliarden im Jahr 1929. Der Anstieg von 26 auf 27 Milliarden war Inflation, das Schrumpfen von 27 auf 20 Milliarden war Deflation. Die drei Zahlen (in Milliarden Dollar) 26, 27, 20 für die Jahre 1926, 1929 und 1933 drücken Boom und Depression seit

1926 exemplarisch aus. Die Auswirkungen dieser Veränderungen in der Geldmenge wurden noch von anderen Faktoren wie der Veränderung der Umlaufgeschwindigkeit verstärkt. Zwischen 1932 und 1933 war zum Beispiel nicht nur die Menge der Umlaufmittel klein, sondern auch die Umlaufgeschwindigkeit langsam – bis hin zu weit verbreitetem Horten. Wenn wir annehmen, dass die Menge der Umlaufmittel in den Jahren 1929 und 1933 jeweils 27 und 20 Milliarden betrug, das jeweils 30 bzw. 20 Mal in Umlauf kam, ergibt sich als Gesamtumlauf für 1929 $27 \times 30 =$ über 800 Milliarden Dollar und für 1933 $20 \times 20 = 400$ Milliarden Dollar. Diese Quantitätsveränderung fand vor allem auf den Bankkonten statt. Wie oben vermerkt waren die drei Zahlen für das „Scheckbuchgeld“ 22, 23, 15 und für „Brieftaschengeld“ 4, 4, 5. Der entscheidende Auslöser dieser Depression war also das Schrumpfen des „Scheckbuchgelds“ von 23 auf 15 Milliarden. Das bedeutete faktisch das Verschwinden von 8 Milliarden Dollar der nationalen Hauptumlaufmittel, die wir alle als Verkehrsverbindung für unsere Geschäfte brauchen.

Die 8-Milliarden-Schrumpfung beim „Scheckbuchgeld“ spiegelt sich im 1-Milliarden-Anstieg beim „Brieftaschengeld“. Das private Publikum hob diese Milliarde Bargeld von den Banken ab. Um es auszahlen zu können, mussten die Banken 8 Milliarden Kredite vernichten. Dieser Verlust oder diese Vernichtung von 8 Milliarden „Scheckbuchgeld“ wird von nur wenigen erkannt und nur selten erwähnt. Wenn 8000 Meilen Eisenbahngleise von insgesamt 23000 Meilen Eisenbahngleisen zerstört worden wären, hätte es dicke Schlagzeilen in den Zeitungen gegeben. Eine solche Katastrophe wäre im Vergleich zur Vernichtung von 8 von insgesamt 23 Milliarden unserer monetären Verkehrsverbindung noch eher unbedeutend. Die Vernichtung von 8 Milliarden Dollar, die vom Publikum für „eigenes“ Geld gehalten wurde, war der unglückselige Hauptgrund für die Depression, die wiederum zwei schlimme Tragödien auslöste: Arbeitslosigkeit und Bankrotte von Firmen.

Die Gesellschaft wurde gezwungen, 8 von 23 Milliarden Dollar der Hauptumlaufmittel zu opfern. Dieses Opfer wäre nicht nötig gewesen,

wenn es ein 100%-System gegeben hätte. In diesem Fall wäre auch die große Depression nicht ausgelöst worden.

Die Vernichtung von „Scheckbuchgeld“ war nichts Natürliches und Unvermeidliches, sondern die Folge eines falschen Systems. In unserem jetzigen System schöpfen und vernichten die Banken „Scheckbuchgeld“ durch Vergabe bzw. Tilgung von Krediten. Wenn die Bank mir einen Kredit über 1000 Dollar gibt und so meinem „Scheckkonto“ 1000 Dollar gutschreibt, sind diese 1000 Dollar „Geld auf meiner Bank“ neu. Es ist von der Bank durch die Kreditvergabe an mich frisch hergestellt und mit Füller und Tinte in das Verzeichnis meines Scheckbuchs und in die Bücher der Bank eingetragen worden. Wie schon angemerkt, existiert dieses Geld abgesehen von diesen Tinten-Einträgen in der physischen Realität nicht. Wenn ich später meiner Bank diese 1000 \$ zurückzahle, nehme ich sie von meinem Bankkonto. Genau diese Summe an Umlaufmitteln wird im Verzeichnis meines Scheckbuchs und in den Büchern der Bank vernichtet. Das bedeutet: Es verschwindet vollständig.

So hängen unsere Umlaufmittel heute von der Gnade der Kredittransaktionen der Banken ab. Und deshalb sind unsere Tausenden von „Scheckbanken“ in Wahrheit genauso viele nicht haftende private „Gelddruckereien“. Die Verwirrung wird durch die Tatsache ausgelöst, dass die Banken kein Geld ausleihen, sondern nur versprechen, Geld auf Verlangen zu liefern – ein Geld, das sie nicht haben. Die Banken können auf ihren mageren Barreserven eine auf dem Kopf stehende Pyramide von „Krediten“ aufbauen, also „Scheckbuchgeld“ schöpfen, dessen Volumen auf diese Weise aufgebläht oder verkleinert werden kann.

Es ist leicht ersichtlich, dass ein solch kopflastiges System gefährlich ist – gefährlich für alle Kontoinhaber, gefährlich für die Banken und vor allem gefährlich für Millionen von „unschuldigen Passanten“, also für das allgemeine Publikum. Im Fall einer Deflation werden dem Publikum die essentiell wichtigen Umlaufmittel entzogen, mittels dessen Güter von einer Hand in die andere wechseln. Wenn den Banken erlaubt wird, diese Buchkredite als Geldservice anzubie-

ten, bedeutet das praktisch kaum etwas anderes als die Erlaubnis zur Schaffung einer eigenen Papierwährung. Grundsätzlich ist das dasselbe unseriöse Vorgehen, wie es die Banken in der „Wild cat bank note - Periode“^[2] praktizierten.

Sichtguthaben auf Bankkonten sind das moderne Äquivalent für Banknoten. Sichtguthaben können jedoch verdeckt geschaffen und vernichtet werden, während Banknoten gedruckt und verbrannt werden müssten. Wenn zwischen 1929 und 1933 acht Milliarden Banknoten verbrannt worden wären, wäre das kaum zu übersehen gewesen.

Da sich das System von Scheckkonten oder „Scheckbuchgeld“, das vor allem auf Krediten basiert von einigen Ländern ausgehend sich auf die ganze Welt ausdehnt, werden die damit verbundenen Gefahren immer größer. Wenn das System nicht geändert wird, drohen deshalb zukünftige Booms und Depressionen noch schlimmer auszuarten als in der Vergangenheit. Die hier vorgeschlagene Lösung kann in wenigen Sätzen ausgedrückt werden:

Der Vorschlag

Die Regierung muss mittels einer speziell dafür gegründeten „Geldkommission“ dafür sorgen, dass jede kommerzielle Bank so viele ihrer Vermögenswerte in Bargeld umtauscht, bis die Barreserve jeder dieser Banken 100% der bargeldlos per Scheck verfügbaren Sichtguthaben auf Bankkonten erreicht. Oder in anderen Worten gesagt: Die Regierung sollte dieses Geld mittels dieser „Geldkommission“ schöpfen und damit entweder Anleihen, Titel oder andere Vermögenswerte der Bank kaufen oder den Banken dieses Geld leihen und diese Vermögenswerte als Sicherheiten dafür verlangen. Dann stünde hinter dem gesamten „Scheckbuchgeld“ echtes „Brieftaschengeld“.

Dieses neue Geld (Noten der Geldkommission oder US-Noten) würde die bargeldlos per Scheck verfügbaren Sichtguthaben vollständig decken und die gesamten Umlaufmittel des Landes von sich aus weder erhöhen noch verringern. Eine Bank, die vorher 100 Mio. \$ bargeldlos per Scheck verfügbare Sichtguthaben ihrer Kunden,

aber nur 10 Mio. \$ Barreserve hatte (bei 90 Mio. \$ Sicherheiten), würde diese 90 Mio. \$ Sicherheiten an die Währungskommission abgeben und dafür 90 Mio. \$ mehr Bargeld erhalten. So würde sie ihre Barreserve auf 100 Mio. \$ oder 100% der Sichtguthaben ihrer Kunden erhöhen.

Nach dieser Substitution von Sicherheiten durch echtes Geld wäre die Bank dazu verpflichtet, dauerhaft eine Barreserve von 100% für die Sichtguthaben ihrer Kunden zu halten. Oder anders gesagt: Die Sichtguthaben wären wirkliche Guthaben, die aus Bargeld bestehen, das die Bank im Auftrag der Kontoinhaber verwaltet. So würde das neu geschöpfte Geld durch das Erfordernis der 100% - Reserve strikt festgelegt.

Die „Abteilung Sichtguthaben“ der Bank würde zu einer Art Lagerhaus für Geld, das den Kontoinhabern gehört und bekäme eine eigene Gesellschaftsform als „Scheckbank“. Es bestünde praktisch kein Unterschied mehr zwischen bargeldlos per Scheck verfügbaren Guthaben und Reserve. Das „Geld auf der Bank“, das im Verzeichnis meines Scheckbuchs vermerkt ist, wäre echtes Geld und befände sich wirklich in der Bank (oder stünde zu ihrer sofortigen Verfügung). Die Sichtguthaben in einer Bank könnten nur auf 125 Mio. \$ steigen, wenn auch die Bargeldsumme auf 125 Mio. \$ steigt. Das wäre zum Beispiel der Fall, wenn die Kontoinhaber 25 Mio. \$ mehr Bargeld einzahlen, dieses Geld also aus ihren Taschen oder Geldbörsen nehmen und in der Bank einzahlen. Die Sichtguthaben würden nur dann sinken, wenn die Kontoinhaber Geld in bar von ihrem Konto abheben und in ihren Taschen oder Geldbörsen mitnehmen. In beiden Fällen würde sich die Gesamtgeldmenge nicht ändern.

Diese Änderung zu einem 100%-System würde den Banken gewinnbringende Vermögensanlagen entziehen und durch nicht gewinnbringendes Bargeld ersetzen. So weit erforderlich, würde die Bank dafür durch eine bei den Kontoinhabern zu erhebende Servicegebühr oder auf andere Weise entschädigt.

Vorteile

Die Gesellschaft hätte dadurch folgende Vorteile:

1.: Es würden keine Runs auf Geschäftsbanken mehr stattfinden, weil 100% der Gelder der Einleger immer in der Bank vorhanden wären (oder verfügbar wären) und den Kunden ausbezahlt werden könnten. In der Praxis würde weniger Geld abgehoben als heute. Wir müssten nicht mehr befürchten, dass Kunden folgendes rufen: „Wenn ihr mein Geld nicht habt, dann will ich es sofort; wenn ihr es habt, dann will ich es nicht.“

2.: Es gäbe wesentlich weniger Bankzusammenbrüche, weil die wichtigsten Gläubiger einer Geschäftsbank, die einen Zusammenbruch herbeiführen könnten, ihre Kontoinhaber sind. Für diese Kontoinhaber bestünde aber eine 100%-Deckung ihrer Guthaben.

3.: Die zu verzinsende Staatsschuld würde entscheidend vermindert, denn ein großer Teil der laufenden Staatsanleihen würde von den Banken auf die Geldkommission übertragen (die die Regierung vertritt).

4.: Unser Geldsystem würde vereinfacht, weil kein grundlegender Unterschied zwischen „Brieftaschengeld“ und „Scheckbuchgeld“ mehr bestünde. Unsere gesamten Umlaufmittel, also 100 % davon, wären richtiges Geld.

5.: Das Bankwesen würde vereinfacht, denn momentan bestehen unklare Eigentumsverhältnisse. Wenn Geld auf einem Scheckkonto eingezahlt wird, glaubt der Einleger, dass dieses Geld ihm gehört, obwohl es legal der Bank gehört. Der Einleger besitzt kein Geld in der Bank, sondern ist lediglich der Gläubiger der privaten Firma Bank. Die „Magie“ des Bankwesens wäre größtenteils entzaubert, wenn die Bank das von den Einlegern hinterlegte Geld nicht mehr weiterverleihen dürfte, während die Kunden gleichzeitig über dieses Geld als ihr Geld verfügen könnten, indem sie Schecks darauf ausstellen. „Mr. Dooley“, der Will Rogers von heute^[3], drückte die Absurdität dieser Doppelverwendung von Sichtguthabengeld sehr treffend aus, indem er einen Banker folgendermaßen bezeichnete: „Einen Mann, der sich um ihr Geld kümmert, indem er es seinen Freunden leiht.“ In Zukunft würde eine scharfe Trennung zwischen Sichtguthaben und Sparanlagen durchgeführt werden. Geld auf einem Scheckkonto würde, wie alles andere auch, was zur sicheren Verwahrung hinterlegt wird,

dem Einleger gehören, aber es würde nicht verzinst. Geld auf einem Sparkonto behielte den gleichen Status wie jetzt: Es würde ganz eindeutig der Bank gehören. Als Gegenleistung dafür würde die Bank die Verzinsung und verzinste Rückzahlung garantieren, aber nicht mehr die privilegierte sofortige Verfügung über das Geld per Scheck. Der Sparanleger hätte sich einfach ein Investment gekauft, ähnliche wie eine verzinste Anleihe, und dieses Investment müsste nicht mit 100% Bargeld gedeckt sein, so wie es auch bei anderen Investmentarten wie Anleihen oder Aktienanteilen der Fall ist. Die Reserveanforderungen für Sparanlagen wären vom neuen System bei Sichtguthaben nicht unbedingt betroffen (obwohl auch hier die Anforderungen verschärft werden sollten).

6.: Große Inflationen und Deflationen würden verhindert, weil Banken ihre derzeitige Macht verlieren würden, virtuelles „Scheckbuchgeld“ zu schöpfen und zu vernichten. Oder anders gesagt: Kreditvergaben würden unsere Umlaufmittel nicht aufblähen und Kredittilgungen würden es nicht reduzieren. Das Volumen der Sichtguthaben könnte nur noch in derselben Art und Weise beeinflusst werden wie bei Erhöhungen oder Reduzierungen aller anderen Arten von Ausleihungen. Diese Guthaben wären Teil der Gesamtsumme des derzeitigen nationalen Geldes und diese Gesamtsumme könnte nicht dadurch verändert werden, dass sie von einer Person an die nächste verliehen wird. Sogar wenn die Einleger alle ihre Guthaben auf einen Schlag abheben würden oder alle ihre Kredite auf einen Schlag zurückzahlen würden oder auf einen Schlag überhaupt nichts zurückzahlen könnten, würde sich die nationale Geldmenge dadurch nicht verändern. Sie würde nur umverteilt. Die Gesamtsumme würde von ihrem alleinigen Emittenten kontrolliert – der Geldkommission (die, wenn es gewünscht wird, auch Machtbefugnisse erteilt bekommen könnte, um Horten und Umlaufgeschwindigkeit zu beeinflussen).

7.: Booms und Depressionen wären größtenteils abgemildert, weil sie vor allem aufgrund von Inflation und Deflation entstehen.

8.: Das Industriemanagement durch Banken würde größtenteils vermieden, weil Industrien nur

in Zeiten der Depression in die Hände von Banken fallen.

Amerika als das Land der Runs auf Banken und der Bankpleiten würde vor allem von den ersten beiden Vorteilen profitieren. Von den restlichen sechs würden alle Länder profitieren, bei denen es Banken mit Sichtguthaben gibt. Die Vorteile „6“ und „7“ stellen die mit Abstand wichtigsten Vorteile dar, also das Vermeiden von Inflation und Deflation unserer Umlaufmittel, die dadurch erzielte allgemeine Abmilderung von Booms und Depressionen und speziell die Verhinderung von extremen Booms und Depressionen.

Einwände

Eine neue oder für neu gehaltene Idee wie die des 100%-Systems für Geld und Banken wird und sollte auch im Kreuzfeuer der Kritik stehen. Diejenigen, die Zweifel am 100%-System haben, werden wohl folgende Fragen zuerst stellen:

1.: Würde die Umstellung auf ein 100%-System – also das Ankaufen von Vermögensanlagen mit neuem Geld – die Umlaufmittel nicht sofort um einen großen Betrag vergrößern? Nein, nicht um einen einzigen Dollar. Es würde nur „Scheckbuchgeld“ komplett in „Brieftaschengeld“ konvertibel machen und jetzt existierende umlaufende Guthaben aus virtuellem Geld in umlaufende Guthaben aus echtem Geld umwandeln. Nach der Umstellung (und nachdem der angestrebte Grad an Reflation^[4] erreicht wurde) könnte die Geldkommission die Geldmenge erhöhen, indem sie Anleihen ankauft, und die Geldmenge verringern, indem sie Anleihen verkauft. Das wäre natürlich durch die Verpflichtung beschränkt, das vorgegebene Preisniveau oder den Wert des Dollars mit vernünftiger Genauigkeit einzuhalten. Es muss aber angemerkt werden, dass das Einhalten des 100%-Systems und das Einhalten eines stabilen Preisniveaus unterschiedliche Dinge sind, also auch unabhängig voneinander eintreten können.

2.: Wäre das neue Geld mit irgendwelchen werthaltigen Vermögensanlagen gedeckt? Am Tag der Einführung des 100%-Systems wäre das neue Geld, über das per Scheck verfügt werden könn-

te, mit denselben Anlagen – vorwiegend Regierungsanleihen – gedeckt, mit dem das „Scheckbuchgeld“ am Tag davor gedeckt war. Allerdings wären diese Anleihen jetzt im Besitz der Geldkommission. Die traditionell dahinter stehende Idee ist, dass alles Geld und alle Guthaben mit Sicherheiten gedeckt sein müssen, damit ein Schutz gegen unverantwortliche Inflation gewährleistet ist. Im derzeitigen System (das wir im Gegensatz zum jetzigen System als 10%-System bezeichnen müssen) verhält es sich folgendermaßen: Wenn ein Einzahler fürchtet, dass sein Guthaben nicht in echtem „Brieftaschengeld“ ausgezahlt werden kann, kann die Bank (theoretisch) ihre Sicherheiten für Geld verkaufen und den in Panik geratenen Einleger damit auszahlen. Das klingt nicht schlecht. Im 100%-System würde genau dieselbe Deckung durch Sicherheiten bestehen, zusätzlich allerdings ergänzt durch die Kreditwürdigkeit der Regierung der Vereinigten Staaten. Folglich gäbe es keine in Panik geratenen Einzahler mehr, die befürchten, dass sie ihre Guthaben nicht mehr in Bargeld umtauschen können.

3.: Müsste der Goldstandard aufgegeben werden? Nicht weiter gehend, als er bereits aufgegeben ist. Und auch nicht weniger weitgehend. Gold könnte genau dieselbe Funktion übernehmen wie heute. Sein Preis könnte von der Regierung festgelegt werden, der Hauptzweck bliebe der Ausgleich von internationalen Zahlungsbilanzen. Eine eventuell gewünschte Rückkehr zum Goldstandard, wie er vor 1933 existiert hat, könnte in einem 100%-System genauso einfach durchgeführt werden wie im jetzigen System. Faktisch wäre in einem 100%-System die Chance größer, dass der eventuell wieder eingeführte Goldstandard alter Art so funktioniert, wie es beabsichtigt ist.

4.: Wie würden die Banken zu Geld kommen, das sie verleihen können? Genauso wie heute auch, dieses Geld wäre also: (1) ihr eigenes Geld (ihre Kapital), (2) Geld, das Kunden auf Sparkonten anlegen (über das sie nicht per Scheck verfügen können), und (3) Geld, das zur Tilgung von Krediten zurückgezahlt wurde. Langfristig würde wahrscheinlich mehr Geld zur Verfügung stehen, das verliehen werden kann, weil mehr Erspar-

nisse getätigt würden und so mehr Geld für die Kreditvergabe zur Verfügung stünde. Aber eine solche Kreditausweitung – eine normale Ausweitung, die durch Ersparnisse erzeugt wird – würde nicht gleichzeitig eine Zunahme der Menge des umlaufenden Geldes bedeuten.^[5] Es würde nur noch eine einzige Beschränkung für die Vergabe von Bankkrediten geben: Geld könnte nur noch verliehen werden, wenn Geld zum Verleihen da ist. Die Banken könnten nicht mehr überverleihen, indem sie Geld aus dem Nichts produzieren und so Inflation und Booms erzeugen. Zusätzlich zu den oben genannten drei Quellen von Krediten (Kapital der Banken, Sparanlagen und Tilgungen) hätte die Geldkommission die Möglichkeit, neues Geld zu schöpfen und durch zusätzlichen Ankauf von Anleihen an die Banken weiterzugeben. Aber diese zusätzliche Geldschöpfung wäre durch das fundamentale Erfordernis beschränkt, einen Anstieg der Preise über das durch einen geeigneten Index festgelegte Niveau hinaus zu vermeiden.

5.: Würden die Banken geschädigt? Im Gegenteil, sie würden (a) allgemein an den Gewinnen teilhaben, die im Land durch ein solideres Geldsystem und zurückkehrenden Wohlstand entstehen würden und insbesondere größere Sparanlagen erhalten. Sie würden (b) für Gewinneinbußen entschädigt, die dadurch entstehen, dass sie große Reserven halten müssen (durch Nutzungsgebühren oder auf andere Art und Weise). Und (c) würden sie fast vollständig vom Risiko zukünftiger Runs auf die Banken und von Bankzusammenbrüchen befreit. Die Banker werden den wilden Ansturm des Publikums auf ihre Liquidität in den Jahren 1931-1933 so schnell nicht vergessen – jeder kam so schnell er konnte und der Teufel gleich hinterdrein. Ein solcher Run wäre unter dem 100%-System unmöglich, denn die hundertprozentige Liquidität wäre zu jedem Zeitpunkt und für jede einzelne Bank unabhängig von den anderen Banken gesichert.

6.: Bedeutet der Plan eine Verstaatlichung von Geld und Banken? Von Geld ja, von Banken nein.

Schlussfolgerung

Der 100%-Vorschlag ist kein politisch radikaler Vorschlag, sondern das genaue Gegenteil. Prinzipiell bedeutet er eine Abkehr vom derzeitigen merkwürdigen und ruinösen System, das gleiche Geld 8 oder 10 mal auszuleihen und eine Rückkehr zum konservativen Sicherheits-Einlage-System der alten Goldschmiede, bevor diese damit begannen, auf unanständige Art und Weise zu verleihen, was ihnen zur sicheren Aufbewahrung überantwortet wurde. Dieser Vertrauensmissbrauch war es, der sich zum modernen Sichtguthabenbanksystem weiterentwickelte, nachdem er als übliche Praxis akzeptiert worden war. Aus der Sicht öffentlicher Politik ist das immer noch ein Missbrauch, der zwar kein Vertrauensmissbrauch mehr ist, aber ein Missbrauch der Funktionen von Guthaben und Krediten.

In England wurde vor fast einem Jahrhundert eine Reform verabschiedet, die die teilweise Rückkehr zum System der Goldschmiede bedeutete: Der „Bank Act“ verlangte eine 100%-Reserve für alle Banknoten der Bank von England, die über ein gewisses Minimum hinaus gedruckt wurden (was ebenso für alle Noten aller anderen damals existierenden Banken galt, die Geld emittieren durften). Professor Frank D. Graham aus Princeton berichtet in einer positiven Stellungnahme zum 100%-Plan über Präsident Adams^[6], dass dieser „die Emittierung von privaten Banknoten als einen Betrug der Öffentlichkeit brandmarkte. Das war damals die bei den Konservativen vorherrschende Meinung.“

Schließlich frage ich mich, warum man eine Zuständigkeit der Regierung faktisch ohne Gegenleistung an die Banken abgeben sollte. Diese Zuständigkeit ist in der Verfassung der Vereinigten Staaten folgendermaßen festgelegt (Artikel I, Abschnitt 8): „Der Kongress hat die Befugnis ... Geld zu prägen (und) seinen Wert festzulegen.“ Faktisch, aber nicht wörtlich, druckt jede Scheckbank Geld, und regulieren und kontrollieren oder beeinflussen diese Banken als Gesamtheit gesehen den Wert des gesamten Geldes. Diejenigen, die das jetzige

Geldsystem verteidigen, können nicht einfach behaupten, dass dieses unter der Kontrolle von Tausenden kleiner privater „Gelddruckereien“ stehende System gut funktioniert. Wenn es gut funktioniert hätte, hätten wir kürzlich nicht 8 von 23 Milliarden unseres „Scheckbuchgelds“ eingebüßt. Wenn die Banken ihre eigentliche Funktion zur Vergabe von Krediten behalten wollen, die sie auch besser ausführen können als die Regierung, so sollten sie die eigentlich monetäre Funktion abgeben, weil sie sie nicht so gut ausführen können wie die Regierung. Wenn sie das einsehen und sich zu einem „ja“ durchringen, anstatt nur „nein“ zu dem zu sagen, was sie für einen neuen Vorschlag halten, dann würde es wahrscheinlich keinen weiteren

wichtigen Opponenten gegen diese Reform mehr geben.

Deutsche Übersetzung von Klaus Karwat

Anmerkungen des Übersetzers

- [1] Die Scheckkonten entsprechen den heutigen Girokonten.
- [2] Damit ist eine Periode in den USA des 19. Jahrhunderts gemeint, in denen amerikanische Staaten den privaten Banken erlaubten, eigene Papierwährungen in Umlauf zu bringen, was allerdings zu problematischen Verhältnissen führte. Eine dieser Papiergeldwährungen war mit einer Wildkatze geschmückt.
- [3] Will Rogers war ein Amerikanischer Komiker und Entertainer (1879-1935).
- [4] Siehe Kapitel VI des Buches „100%-Money“ von Irving Fisher, Kiel 2007.
- [5] Siehe Kapitel V des Buches „100%-Money“ von Irving Fisher, Kiel 2007.
- [6] John Quincy Adams war US-Präsident von 1825-1829.

Gerechtigkeit in der Wirtschaft – Quadratur des Kreises?

„Die Ökonomie als selbständige, von der Moralphilosophie getrennte Wissenschaft hat bei Adam Smith die spätestens seit Aristoteles wirtschaftliches Denken prägende Frage nach Gerechtigkeit in einem umfassenden Sinne sowohl aus dem Aussagezusammenhang ökonomischer Analysen als auch aus der Praxis des Wirtschaftens selbst weitgehend ausgeblendet. An die Stelle weit reichender Konzepte von Gerechtigkeit trat nunmehr die Wertgleichheit von Leistung und Gegenleistung im Sinne einer eng gefassten Tauschgerechtigkeit. ...

Wachstum und Fortschritt, das sind seit Adam Smith und dem klassischen Liberalismus Zauberworte, die an die Stelle des Streites um die Verteilung des gegebenen Reichtums treten (sollen). Die Gerechtigkeitsfrage erscheint daher in dieser Sichtweise nicht nur als analytisch störend, weil sie die Nationalökonomie unter das Kuratel der Moralphilosophie stellt, sondern auch als praktisch obsolet, weil gerade vom Wachstum die ärmeren Schichten der Bevölkerung einen besonders großen Nutzen ziehen. ...

In der ökonomischen Fachwissenschaft hat die Gerechtigkeitsfrage in den letzten beiden Jahrzehnten wieder erneut an Virulenz, ja Aktualität gewonnen. ... In den Instabilitäten und Währungskrisen der letzten 25 Jahre spiegelt sich auch die Notwendigkeit einer umfassenden Geldordnung, die den Anforderungen globalisierter Finanz- und Leistungstransaktionen gerecht wird. Dabei ist es hilfreich, den Gedanken der Gerechtigkeit anhand Silvio Gesells nunmehr fast hundert Jahre altem Konzept einer ‚Natürlichen Wirtschaftsordnung‘ auf der Basis von ‚Freiland und Freigeld‘ erneut zu betrachten.“

Prof. Dr. Hans Georg Nutzinger in seiner Einleitung zur Dokumentation der Tagung „Gerechtigkeit in der Wirtschaft – Quadratur des Kreises?“
Marburg: Metropolis Verlag, 2006, S. 7–17.

Zur Kritik von Nikolaus Läufer an der Freigeldtheorie

Jörg Gude

Im Februar 2003 verfasste der bis zu seiner Emeritierung in Konstanz lehrende Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Nikolaus Läufer drei ins Internet gestellte kurze Beiträge, die eine Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre zum Gegenstand haben (<http://www.uni-konstanz.de/FuF/wiwi/laufer/Artikel/Pamphlete-gegen-Freiwirtschaft.htm>).

Überschrieben sind sie mit „Der große Freigeld-Irrtum mit der höheren Umlaufgeschwindigkeit“ (10. Febr. 2003, nachfolgend Läufer I abgekürzt), „Der Freigeld-Irrtum über das Zustandekommen der ‚direkten‘ Wirkungen der Umlaufgebühr“ (14. Febr. 2003, Läufer II) und „Geld-Umlaufgebühr und Inflation nur begrenzt äquivalent – das Ende einer Freigeld-Illusion“ (17. Febr. 2003, Läufer III).

Allen drei kurzen Beiträgen ist gemeinsam, dass in ihnen jegliche Literaturhinweise fehlen, also auch Hinweise auf Originalquellen von Gesell oder auf Äußerungen von Anhängern seiner Freigeldtheorie. Schon deshalb kann es zu Missverständnissen und Fehlinterpretationen kommen oder zu einer Vorstellung von der Freigeldtheorie, welche nicht ihrer authentischen Form entspricht. Positiv anzumerken ist, dass Läufer vom Aufbau und der Gliederung der Beiträge eine scheinbar folgerichtige Deduktion vorgenommen hat: Ausgehend von Voraussetzungen und Definitionen wird eine Behauptung dargestellt und begründet sowie ein Fazit gezogen.

Alle drei Beiträge stehen in einem Zusammenhang, wofür auch der kurze Zeitraum ihrer Abfassung spricht. Läufer III behauptet das Ende einer „Freigeld-Illusion“, da Geldumlaufsicherungsgebühr und Inflation nur begrenzt äquivalent sind oder seien. In der Freigeldtheorie gibt es – da ist Läufer zuzustimmen – keine irgend geartete Äquivalenz von Geldumlaufgebühr und Inflation. Vielmehr erweist sich die Geldumlaufsicherungsgebühr der Inflation gegenüber als überlegen.

Geldumlaufsicherung durch eine Liquiditätsgebühr oder durch eine Inflation?

Zu den häufigsten Einwänden von Kritikern der Freigeldtheorie gehört die Ansicht, dass die Geldumlaufsicherungsgebühr mit einer Inflation gleichzusetzen sei. Deshalb sei hier noch einmal der Unterschied herausgestellt: Die Geldumlaufsicherungsgebühr (oder Geldsteuer) soll die dem Gelde der Ware oder Dienstleistung gegenüber bestehende Überlegenheit abbauen, sie neutralisieren. Geld rostet nicht, Ware unterliegt dem Einfluss der Zeit und erfordert Maßnahmen zu ihrer Instandhaltung. Also ist das Geld der Ware überlegen. Eine Inflation liegt dagegen vor, wenn die Güterpreise gemessen an einem auf einen Warenkorb bezogenen Preisindex ansteigen. Wenn das Zahlungsmittel Geld – als Tauschmittel eine öffentliche Einrichtung in Form des staatlichen Geldes, bestimmt zu Verkehrszwecken, also zum Austausch und nicht zur Verschattung oder zum Horten – pro rata tempore an Geltung verliert, ist dies nicht mit einer Verteuerung der Güter verbunden und deshalb nicht mit einer Inflation gleichzusetzen. Die in Geldwert ausgedrückte Forderung bleibt kaufkraftbeständig bei einem umlaufgesicherten Geld mit Orientierung an einem Preisindex.

Läufer I gibt die dem Freigeld von seinen Anhängern zugesprochene Wirkung so wieder: „Der Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes durch eine Umlaufgebühr wird eine direkte, stimulierende Wirkung auf die ökonomische Aktivität zugesprochen.“ Einer etwaigen Wirkungskette folgt Läufer immerhin so weit, dass auf eine Verteuerung der Geldhaltung eine Steigerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes folgt. Jedoch führe eine erhöhte Geldumlaufgeschwindigkeit nicht zu einer erhöhten Nachfrage und lasse das Sozialprodukt nicht ansteigen.

Das Freigeldexperiment von Wörgl

Das Experiment in Wörgl hat demgegenüber eindeutig gezeigt, dass ein mit einem Umlaufimpuls ausgestattetes Freigeld das wirtschaftliche Aktivitätsniveau sehr wohl ansteigen lässt. Die Arbeitslosigkeit, die im übrigen Österreich während der Dauer des Experiments noch weiter zunahm, ging binnen kurzem in Wörgl um 25 % zurück. Die verhältnismäßig geringe Menge an Arbeitswertscheinen wies eine im Vergleich zum österreichischen Schilling höhere Umlaufgeschwindigkeit auf und vermittelte hohe Umsätze. Es fanden also nicht nur Substitutionsvorgänge im Bereich der Versorgung Wörgls mit Geld statt.

Eine Einschränkung im Sinne von Läufers Einwänden könnte allenfalls in einer vollbeschäftigten, das Produktionspotenzial auslastenden Volkswirtschaft gemacht werden, wie es der Analyse der Monetaristen entspricht, wonach sich hier der häufigere Geldumschlag und die Umsatzerhöhung lediglich in Preissteigerungen Luft machen.

Läufers „Innengeldhypothese“

Läufer geht bei seiner Kritik an der Freigeldtheorie von einer „Innengeldhypothese“ aus. Ihr zufolge entsteht Geld durch Verschuldung der Privaten endogen im Gegensatz zum „Außengeld“, welches ohne Verschuldung entsteht. Hinzuweisen ist darauf, dass im gebräuchlichen LM/IS-Modell die Geldmenge exogen gegeben ist und auch bei der Quantitätsgleichung oder Fisher'schen Verkehrsgleichung von einer fixen Geldmenge ausgegangen wird. Steigt nun in dieser Gleichung bei unveränderter Geldmenge die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, so kann ein höheres Sozialprodukt erstellt werden oder Sozialprodukt und Preisniveau können ansteigen oder es kann in der Vollbeschäftigungssituation lediglich das Preisniveau ansteigen. Dies ist keine rein freiwirtschaftliche Spekulation, sondern Gemeingut der neoklassischen Synthese und allgemeines Lehrbuchwissen.

Sodann behauptet Läufer I: „Ein Anstieg der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes durch Einführung einer Umlaufgebühr bedeutet lediglich, dass der Geldbestand je Einheit Sozialprodukt abnimmt.“ (Ebenso auch Läufer III). „Das bisherige Sozial-

produkt wird mit einem geringeren Geldbestand erstellt, verteilt und verwendet. Die höhere Umlaufgeschwindigkeit bewirkt aber keinen direkten Anstieg der effektiven Nachfrage und des Sozialproduktes.“ Es folgt ein Hinweis darauf, dass die Umlaufgeschwindigkeit nichts anderes sei als das Reziprok der Geldhaltung je Einheit Sozialprodukt.

Das ist ganz und gar theoretisch und nicht praktisch gedacht und steht – wie oben dargelegt – in Widerspruch zu den Erfahrungen in Wörgl. Umlaufgesichertes Geld ist nicht neutral switchend zwischen Transaktionskasse und Verschwinden in der Spekulationskasse oder einem Rückgang der Geldmenge insgesamt. Geldhalter treffen Entscheidungen, Geld entweder bald ausgeben zu wollen – oder auch nicht. Wer grundsätzlich gewillt ist, Geld bald auszugeben, kann in Kenntnis der wirtschaftsstützenden Wirkung auch Geld mit einer Umlaufsicherungsgebühr akzeptieren. Wer Bargeld aus dem Bankautomaten zieht, hat auch die Absicht, dieses baldigst auszugeben, entsprechendes Angebot an Waren und Diensten vorausgesetzt oder suchend.

Die Innengeldhypothese in Läufer I besagt, dass Geld durch Verschuldung Privater entsteht. Die private Verschuldung wäre ausgeprägter bei einer Geldumlaufgebühr, weil diese niedrigere Zinsen bewirkt. Die Umlaufsicherungsgebühr veranlasst die Wirtschaftssubjekte zur oben angesprochenen Designationsentscheidung und wer das Geld nicht kurzfristig verausgaben will, wird es – die Geldsteuer vermeidend – hiervon befreit langfristig für Ausleihungen dem Kreditmarkt zur Verfügung stellen, und zwar zu einem Zins, der geringer sein wird als in einem System ohne Geldumlaufgebühr. In einer anderen Rahmenordnung des Geldwesens, welche keine grundlegende Überlegenheit des Geldes gegenüber der verderblichen Ware oder einen Jokervorteil (Prof. Suhr) mehr aufweist, wird der Zins vielleicht etwas über Null liegen, aber nach Marktgesetzen frei schwanken. Dann wird nicht mehr das Warten, sondern das Handeln und Wirtschaften belohnt und befördert.

Weil Investitionen dann eine geringere interne Verzinsung (Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals im Sinne von Keynes) aufweisen müssen, um wirtschaftlich zu sein, vermehren sich die Kapitalgüter. In diese Richtung haben Proudhon, Gesell und Keynes gedacht und dabei einen „sanften Tod des

Rentiers“ (Keynes) vor Augen gehabt. Also gibt es durchaus realwirtschaftliche Impulse. Läufer sieht diese Wirkungen wohl, subsumiert sie aber unter „indirekte Wirkungen“. Wie man sie bezeichnet, ist zweitrangig, denn es bleiben eben Wirkungen.

Die Betrachtung von Läufer ist statisch an ein gegebenes Sozialprodukt gebunden, welches von einer Geldmenge umgewälzt oder umgesetzt wird. Bei einer Umlaufgebühr könnte sie natürlich geringer ausfallen, weil die gesteigerte Umlaufgeschwindigkeit einen schnelleren Umschlag bewirkt.

Der von Läufer zugestandene „indirekt stimulierende Effekt einer Umlaufgebühr kommt durch Reaktion der Investition auf sinkende Zinsen zustande und entspricht insofern den klassischen Wirkungen expansiver Geldpolitik.“ Insofern bedürfe es also allenfalls dieser klassischen expansiven Geldpolitik und nicht einer Geldreform, so Läufers Fazit.

Gründe für eine Geldreform

Warum wäre eine freiwirtschaftliche Geldordnung dennoch sinnvoll?

1. Sie hätte direkte Wirkungen, die sich bereits in Wörgl und auf anderen Experimentierfeldern ansatzweise beobachten ließen. Der Aufbau von Nachfrage, die Entstehung von Einkommen, die Auslastung freier Produktionskapazitäten und Erweiterung derselben sind dynamische Prozesse, bei denen die Erreichung bestimmter Werte schneller, langsamer oder in einer Wirtschaftskrise überhaupt nicht erfolgen kann.

Wenn die Transaktionskassenhaltung verringert wird, um die Umlaufsicherungsgebühr zu vermeiden, und wenn die Nachfrage steigt, können Warteschlangen und -listen den Unternehmern eine bessere Synchronisation von Produktion und Absatz sowie eine Preisdifferenzierung je nach Wartezeit ermöglichen. Die Produktion würde also sowohl betriebswirtschaftlich als auch volkswirtschaftlich effizienter.

2. Die insbesondere von Helmut Creutz und Prof. Moewes herausgearbeiteten Verschuldungs- und Verteilungswirkungen des Zinses bei der staatlichen wie bei der unternehmerischen und privaten Verschuldung rücken die indirekten Wirkungen der Geldreform in ein positives Licht. Als Umver-

teilungsfaktor würde der Zins reduziert und es eröffnen sich Wege aus der Verschuldungs- und Zinsenfalle. Dieser Aspekt bleibt bei Läufer unberücksichtigt. Er hat aber ein entscheidendes praktisches und politisches Gewicht. Langfristig könnte damit eine „weiche Landung“ des Systems anstelle eines Crashes möglich werden.

Die Alternative zu einer solchen Geldreform wäre – wegen ihrer vermeintlich nur „indirekten“ Wirkungen – in der Tat eine Inflation im Rahmen der herkömmlichen expansiven Geldpolitik, sei es in Form einer Entwertung der Kreditforderungen durch Konkurse von Staat, Unternehmen und Privaten, oder in Form einer allgemeinen Kaufkraftentwertung des Geldes oder einer Vermögensinflation mit anschließendem Platzen von Blasen. In jedem Fall würden also krisenhaftere Situationen entstehen als in einer hier befürworteten reformierten Geldordnung, in dieser es dann zwar eine Geldumlaufsicherungsgebühr gäbe, aber keine Entwertung der in Geld ausgedrückten Forderungen, also keine Inflation.

3. Klassische Geldpolitik – fallweise expansiv oder nicht – arbeitet mit dem Instrument des Zinses (direkt oder über die Geldmenge). Damit verschafft sie in Verbindung mit dem Geld, das als Tauschmittel eine öffentliche Einrichtung sein soll, dem Zins als leistungsloses Einkommen in größerem oder geringerem Umfang eine Legitimationsbasis. Dies muss nicht sein.

Diskretionäre Geldpolitik in ihrer vollendeten und höchsten Form ist die auch von vielen Befürwortern einer Geldreform bislang nicht hinreichend gewürdigte Variation der Umlaufsicherungsgebühr nach konjunkturellen Bedürfnissen. Es geht nicht nur darum, die von Gesell thematisierte Überlegenheit des Geldes gegenüber der menschlichen Arbeit und den Waren – sozusagen ein für alle mal – zu überwinden oder auszugleichen. Es geht auch darum, zugleich ein variabel handhabbares Instrument zur Konjunkturbeeinflussung in die Hand zu bekommen und damit – gesamtwirtschaftlichen wie ordnungspolitischen Bedürfnissen Rechnung tragend – eine freiheitliche Wirtschaftsordnung zu stabilisieren.

Marktversagen, Verschwendung und bürgerschaftliches Engagement

Versuch zur ökonomischen Begründung von Regionalgeld

Eva-Maria Hubert

Spannend ist es gerade aus ökonomischer Sicht, die Entwicklungslinien unterschiedlicher Regionalgeld-Projekte zu verfolgen: Nach ausgedehnter Planungs- und Vorbereitungsphase nehmen sie konkrete Gestalt an, klein und bescheiden. Heranwachsend durchlaufen sie allerlei Kinderkrankheiten, zeigen gleichwohl weiteres Entwicklungspotential und entfalten ihre Stärken. Interessanterweise offenbaren sie dann Tugenden, die eigentlich jedem überzeugten Marktwirtschaftler und jedem vorausschauenden Menschen helle Freude bereiten sollten, Tugenden, von denen zu erwarten steht, dass sie erst im reifen Zustand ihr volles Ausmaß zeigen können. Es geht um die Fähigkeit, bekannten, der Marktwirtschaft zuzuordnenden Marktversagensphänomenen und weiteren Effizienzmängeln, aber auch psycho-sozialen Defiziten entgegenzuwirken. Abweichungen vom als Referenzmodell dienenden Idealzustand einer Marktwirtschaft prägen die Wirklichkeit etwa mit Erscheinungen wie unvollständigem Wettbewerb und vermachteten Märkten, Informationsdefiziten, externen Effekten und Anpassungsmängeln. Diese werden üblicherweise als schwere Deformationen begriffen, die einen Staatseingriff rechtfertigen. Jedoch mehren sich Beobachtungen, welche die Grenzen staatlichen, auch politischen Handelns aufzeigen. Empfohlen werden daher verschiedene Grade und Kombinationen an Deregulation und Privatisierung.^[1] Lösungsmuster, die ganz auf bürgerschaftlichem Einsatz beruhen und als zivilgesellschaftliche Antwort auf Markt-, Staats- und Politikversagensphänomene zu werten sind, wurden dagegen bisher kaum beschrieben. Sie seien im Folgenden an einigen Beispielen skizziert.

Um ihre Wünsche öffentlich kundzutun, stehen Bürgern und Bürgerinnen neben dem Gang zur Wahlurne weitere Handlungsoptionen offen,

insbesondere auch in den Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements und der Zivilgesellschaft. Gemeint sind dabei nicht kollektive Lösungsansätze durch Sonderinteressengruppen und Verteilungskoalitionen im Sinne Mancur Olsons.^[2] Es handelt sich vielmehr um Initiativen, die weder Partikularinteressen und Sondervorteile auf Kosten der Allgemeinheit verfolgen möchten noch um solche, die zur Zwangsgliedschaft verpflichten und vom Staat übertragene Aufgaben erledigen. Auch wenn hier eine große Vielfalt an Organisationsformen herrscht, von informellen, lockeren Zusammenschlüssen bis hin zu eingetragenen Vereinen, gemeinsam ist bürgerschaftlichen beziehungsweise zivilgesellschaftlichen Lösungsmustern die durchweg freiwillige Teilnahme und ihre allgemeine Ausrichtung: Sie sind eher gesamtwirtschaftlich- und gemeinwohlorientiert. Verschieden ist die räumliche Reichweite: Sie reicht von einer lokalen oder regionalen bis zur landesweiten, zum Teil auch internationalen Ausdehnung. Und genaueres Hinsehen offenbart, dass dabei zwischen

- thematisch angelegten, eher spezifischen Aktivitäten einerseits und einem
 - eher unspezifisch wirkenden Tätigwerden andererseits
- zu unterscheiden ist.

Ein vielfältiges, eher thematisch angelegtes, zivilgesellschaftliches beziehungsweise bürgerschaftliches Engagement bearbeitet Leitthemen wie „unvollständiger Wettbewerb und vermachtete Märkte“, „Informationsmängel und Intransparenz“ oder negative Externalitäten, die in „Ökologie und Umwelt“ zu Tage treten. Unübersehbar ist die Tätigkeit zahlreicher Nichtregierungsorganisationen wie etwa Transparency International, Business Crime Control, Lobbycontrol, von Attac, von Greenpeace und den Natur-

schutzverbänden. Öffentliche Bekanntheit erlangte und erlangt die Arbeit zahlreicher Bürgerinitiativen beispielsweise gegen die Übernutzung öffentlicher Verkehrswege, gegen Flug- und Straßenlärm, gegen Atomanlagen und gegen die Verschwendung öffentlicher Mittel. Und immer bedeutsamer wird die Aktivität von Webloggern, von privaten Online-Verbraucherzeitungen oder auch von privaten Einrichtungen wie dem Walter Eucken Archiv. In jüngster Zeit nehmen sich Bürgerinitiativen verstärkt der Frage vermachteter Märkte im Energie- und Versorgungsbereich an, ein Problemkreis, der auch ins Visier öffentlicher Wettbewerbshüter geraten ist. Dabei führt jedoch das bürgerschaftliche Engagement in Einzelfällen bereits weiter und mündet in praktische unternehmerische Umsetzung: Bekannt wurden Initiativen wie die Elektrizitätswerke Schönau oder die Energiegenossenschaft Delmenhorst.

Sehr viel allgemeiner, unspezifischer und ganzheitlicher als die bisher genannten bürgerschaftlichen Aktivitäten wirken Regionalgeld-Projekte. Unter Verwendung eines Währungskomplementes^[3] möchten sie vor allem regionale Wirtschaftskreisläufe schließen, die regionale Wertschöpfung fördern, kleine und mittlere Unternehmen stärken und die Grundversorgung der Bevölkerung aus der Region sichern. Vorteilhaft zum Tragen kommen da die Kenntnisse eines jeden Teilnehmers über seine Stadt und seine Region sowie sein persönliches Verantwortungsbewusstsein, so dass sich die soziale Kontrolle beziehungsweise die lokale und regionale Transparenz des Wertschöpfungsprozesses erhöhen.

Unter den Teilnehmern sind insbesondere kleine und mittelständische Firmen zu finden. Gerade sie sollen durch Regionalgeld-Projekte gestärkt werden. So kann einer weiteren, zu Ineffizienzen führenden Vermachtung regionaler Märkte vorgebeugt werden – freilich ohne in vor- oder frühindustrielle Fragmentierung zurückzufallen.^[4] Gleichzeitig wirken die kleinen und mittleren Unternehmen in den Regionalgeld-Initiativen nur durch ihre Existenz dem „Problem schierer Größe“ entgegen. Denn Zusammenschlüsse zu sehr großen Organisationen vermögen zwar Größenvorteile oder positive Skalen-

effekte zu realisieren. Da aber gleichzeitig Informations- und Abstimmungskosten in die Höhe klettern, ist es durchaus denkbar, dass eine – zumindest aus volkswirtschaftlicher Sicht – über- oder supraoptimale Größe mit der damit verbundenen Verschwendung von Ressourcen erreicht wird.^[5] Auch aus diesem Grunde erscheint die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen durch Regionalgeld-Projekte als sehr sinnvoll.

Darüber hinaus prägen kleine und mittlere Unternehmen die lokale und regionale Vielfalt. Diese Vielfalt, gesichert durch einen starken Mittelstand, lässt auch Instabilität und Verschwendung von Ressourcen infolge einer lokalen „Spezialisierungsfalle“ kaum befürchten. Wie sich im Vergleich mit einigen wirtschaftlich geschwächten Regionen in den neuen Bundesländern beobachten lässt, vermag diese Vielfalt vielmehr wirkungsvoll der möglichen Abflachung des Angebotes durch einige wenige überregionale Anbieter und der damit einhergehenden Einschränkung der Konsumentensoeveränität – bei der noch nicht einmal Kollusion im Spiele ist – zu begegnen oder auch dem Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage in Form von misfit-Problemen: Vielfalt sichert die Wahlfreiheit der Verbraucher.

Daneben vermögen Regionalgeld-Projekte über die vermehrte Nutzung von regionalen Kreisläufen den überregionalen Transportaufwand zu senken und damit die ökologische Belastung, mit anderen Worten: die negativen externen Effekte auf unsere natürliche Umwelt, zu mindern. Und nicht nur das. Mit Sorge beobachten Bürger und Fachleute die Entwicklung des Straßenverkehrs in den Ballungsräumen und auf Autobahnen. Die Durchschnittsgeschwindigkeit, das heißt die Leistungsfähigkeit dieser öffentlichen Verkehrswege, sinkt in den letzten Jahren rapide, ein deutliches Anzeichen für deren Überfüllung beziehungsweise Übernutzung. Und im Jahr 2012 droht gar der völlige Verkehrsinfarkt. Als Ausweg werden der weitere Ausbau des Straßennetzes sowie eine Verlagerung auf Wasser-, Schienen- und Luftwege empfohlen.^[6] Da aber dem Ausbau der öffentlichen Infrastruktur finanzielle und sachliche Grenzen gesetzt sind, erweist sich der Beitrag der Regionalgeld-Projekte schließlich

als dreifach wertvoll: als Entlastung des Kollektivgutes „Straßennetz“ durch regionale Verminderung des Transportaufkommens, als Entlastung der Anforderungen an die öffentlichen Haushalte und als ökologische Entlastung beziehungsweise als Beitrag zur Erreichung der Klimaziele.

Aber nicht nur im Hinblick auf das Transportaufkommen können Währungskomplemente stabilitätsfördernd im Sinne nachhaltigen Wirtschaftens sein. Auch die Vision, mittels Regionalgeldern die Grundversorgung der Bevölkerung regional zu gewährleisten, zählt dazu, ein Gesichtspunkt, der in der Vergangenheit beispielsweise in öffentlichen Regionalplänen Eingang fand, derzeit allerdings angesichts enger werdender internationaler Handelsverflechtungen wohl weniger Beachtung findet. Einige Mitglieder von Regionalgeld-Initiativen befürchten jedoch, dass auf längere Sicht die weit gespannten Lieferketten auch einmal reißen könnten, und möchten der Folge einer Beeinträchtigung der stabilen Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfes bereits im Vorwege entgegensteuern.

Wichtig für die regionale Stabilität sind ferner die zusätzlichen Transaktionen in der Region, die bei einer regen Nutzung regionaler eurogedeckter Währungskomplemente allein über deren höhere Umlaufgeschwindigkeit, bei leistungsgedeckten Formen auch über das zusätzliche Geldangebot zustande kommen. Denn regionale Währungskomplemente zielen auf Hebung von Angebot- wie Nachfrageseite der regionalen Wirtschaft. Es ergibt sich dadurch tendenziell ein steigendes wirtschaftliches Aktivitätsniveau – darauf weisen jedenfalls die ersten erfolgreichen Beispiele hin –, welches das Arbeitsplatzangebot in der jeweiligen Region zu stabilisieren vermag. Fügt man gedanklich hinzu, dass durch Regionalgeld gerade kleine und mittlere Unternehmen gefördert werden sollen, die anteilig mehr Arbeitsplätze schaffen, so lässt sich das bemerkenswerte Potential der Währungskomplemente erkennen, sich zu einem nützlichen Instrument gegen Arbeitslosigkeit zu entwickeln.

Regionalgeld-Projekte möchten aber auch noch auf einer anderen Ebene ansetzen und der Verschwendung und Erosion von Humankapital,

also von Bildungs-, Vital- und Sozialkapital, entgegenarbeiten. Indem sie kulturelle und soziale Projekte fördern, häufig durch Zuwendung des erwirtschafteten Überschusses, und auch das soziale Miteinander intensivieren, vermögen Währungskomplemente die psycho-sozialen Faktoren günstig zu beeinflussen. Dadurch können sie zur Sicherung der gesellschaftlichen Kohärenz beitragen und die Tendenz zu einer übermäßigen Fragmentierung der Gesellschaft mindern.

Das alles wird deshalb immer wichtiger, weil das Marktrationale die Individuen zu wachsender Mobilität und Flexibilität zwingt. Es drängt sich dadurch ständig tiefer ins Privatleben jedes Einzelnen hinein; die Erosion von Primärbeziehungen, Vereinzelung und Vereinsamung sind nachgewiesene Folge. Ebenfalls nachgewiesen ist die Zunahme von psychischen Erkrankungen, sogar schon bei Kindern. Folglich zeichnen sich bereits hier eine Abtragung von Vitalkapital und der damit verbundene Wohlfahrtsverlust deutlich ab. Zudem werden vielfach zunehmende Anonymität in der Gesellschaft und „Soziale Kälte“ beklagt, das Lebensumfeld wird als immer unwirtlicher empfunden. Mahnend erreichen uns in diesem Zusammenhang die Worte Hannah Arendts: „Was moderne Menschen so leicht in die totalitären Bewegungen jagt und sie so gut vorbereitet für die totalitäre Herrschaft, ist die allenthalben zunehmende Verlassenheit. Es ist, als breche alles, was Menschen miteinander verbindet, in der Krise zusammen, so dass jeder von jedem verlassen und auf nichts mehr Verlass ist.“^[7]

Hannah Arendt deckt in ihrer berühmten Untersuchung zum Totalitarismus auf, dass es die, wie sie es formuliert, „Verlassenheit“ ist, welche Bürger anfällig für totale Regime werden lässt. Nun sehen viele Mitglieder von Regionalgeld-Initiativen mit Sorge die wachsende Zersplitterung der Gesellschaft und wollen über die Schaffung von Regionalgeld ganz bewusst einen Beitrag zur Stärkung des individuellen wie kollektiven Human- und Sozialkapitals leisten und zur Stabilisierung, zur Standortsicherung und zur Bewältigung sozialer Zukunftsprobleme beisteuern.^[8]

Wünschen Bürger und Bürgerinnen eine zukunftsfähige Gesellschaft, eine Gesellschaft mit

menschlichem Antlitz zu entwickeln, wird ein weiterer Gedanke Hannah Arendts entscheidend. Sie fand, als sie sich mit der Frage beschäftigte, was wir tun, wenn wir tätig sind, drei elementare Tätigkeiten: die eigenwirtschaftlich orientierte Arbeit, das industrielle Herstellen und das Handeln. Dabei ist das Handeln diejenige Tätigkeit der *Vita activa*, die sich ohne Vermittlung von Materie, Material und Dingen direkt zwischen Menschen abspielt. Die Philosophin sieht nun die dringende Notwendigkeit, die Produktivitätsentwicklung nicht nur auf Arbeiten und Herstellen zu beziehen, sondern fordert, dass die traditionelle ökonomische Vorstellung um die Produktivität im Handeln, also in der zwischenmenschlichen Interaktion, erweitert werden muss.^[9] Regionalgeld-Projekte zielen aber gerade hierauf ab, indem sie nicht nur der Abschilferung von Human- und Sozialkapital wehren, sondern beide langfristig fördern, aufbauen und vermehren wollen. Es ist zu erwarten, dass diese Effekte durch Kooperationen, etwa mit Zeitwährungssystemen (wie Tauschringen oder Seniorengenossenschaften), noch deutlicher hervortreten werden.

Wie lassen sich nun Regionalgeld-Projekte insgesamt aus Sicht der ökonomischen Theorie einordnen und bewerten? Obwohl hier gewiss noch umfangreicher Forschungsbedarf besteht, lässt sich eine erste vorläufige Bewertung bereits heute vornehmen. Dabei stehen drei Aspekte im Vordergrund: Zunächst zeigt sich, dass die Mitglieder von Regionalgeld-Initiativen die zunehmend wichtiger werdende Bewegung hin zu aufgeklärtem, umweltschonendem Konsum verstärken. Ferner lassen sich Regionalgeld-Projekte als Teil der „Privatisierung der nächsten Generation“ ansprechen, wobei der zivilgesellschaftliche Sektor dem Staat nicht regulierend, wohl aber steuernd zu Hilfe kommt und so für ein Gleichgewicht zwischen öffentlichem und privatem Bereich sorgt.^[10] Und schließlich kann ein regionales Währungskomplement tatsächlich als ein selektiv wirkendes, nichttarifäres Handelshemmnis interpretiert werden. Denn obwohl bereits einzelne, überregional agierende Unternehmen eine Kooperation mit Regionalgeld-Initiativen – offenbar zur Bereicherung ihrer Vertriebskanäle – ausdrücklich suchen, vermag doch

ein solches Währungskomplement tendenziell diejenigen Unternehmen zu benachteiligen, die aus organisatorischen Gründen an dem Projekt nicht teilnehmen können. Dadurch werden regional agierende kleine und mittlere Betriebe gefördert. Insoweit verletzt Regionalgeld das Marktparadigma. Indem aber Regionalgeld andere marktliche Verwerfungen, Ineffizienzen und Verschwendung abschwächt oder gar beseitigt, kann die Bürgerschaft durch eigenes Engagement zu einer „zweitbesten Lösung“ gelangen, welche Wohlfahrtsgewinne generiert. Regionalgeld-Projekte erfüllen somit das „second-best“-Kriterium.

Zusammenfassen lässt sich der Regionalgeld-Ansatz als ein – nach bisherigen Erfahrungen – ökonomisch breitbandig wirkendes Projekt, welches gesamtwirtschaftlicher Verschwendung entgegentritt und auch auf psycho-sozialer Ebene positiv wirksam wird.^[11] Weiter erscheint dieser eher ganzheitliche Ansatz gerade deswegen vielversprechend, weil er kein „Gutmenschentum“ voraussetzt, sondern freiwillig und ideologiefrei die bürgerschaftliche Mitgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft verfolgt und dabei einen sehr viel längeren Zeithorizont, als in Politik und Wirtschaft derzeit üblich, voraussetzt. Keinesfalls handelt es sich dabei um einen Rückfall in vormoderne Zeiten, in romantische Kleinräumigkeit oder gar biedermeierliche Verpuppung, nein, es geht vielmehr um eine völlig rationale Antwort der Bürger auf wirtschaftliche Ineffizienzen, es geht um die verstärkte soziale Nutzarmachung des Geldes in Form von Währungskomplementen und die Möglichkeit zur rationelleren Nutzung der Landeswährung.^[12] Gleichzeitig weist das Vorhandensein von Regionalgeld-Initiativen auf die Selbstverständlichkeit hin, mit welcher die Teilnehmenden das Prinzip der Koexistenz für ihre Anliegen fortentwickeln. Und wenn Bürger, denen als Unternehmer, Gewerbetreibende, Freiberufler und Arbeitnehmer ständig größter Einsatz und höchste Wirksamkeit abverlangt werden, selbst zunehmend sensibel auf Effizienzmängel und Marktversagen, kurz: auf Verschwendung, reagieren und wenn sie dann angesichts einiger Chancen auf Effizienz- und Wohlfahrtsgewinne Regionalgeld-Projekte unterstützen, unterstreichen sie lediglich ihren Ge-

staltungs- und Freiheitswillen und nutzen ihre Option auf zurückgeholte und gelebte Subsidiarität.

Anmerkungen

- [1] Vergleiche etwa: Blankart, Charles B. (2006): Öffentliche Finanzen in der Demokratie, 6. Auflage, München, und: Fritsch, Michael, Thomas Wein und Hans-Jürgen Ewers (2005): Marktversagen und Wirtschaftspolitik, München sowie: Schmidt, Ingo (1990): Wettbewerbspolitik und Kartellrecht: eine Einführung, 3. Auflage, Stuttgart New York, wie auch: Musgrave, Richard A., Peggy B. Musgrave und Lore Kullmer (1990): Die öffentlichen Finanzen in Theorie und Praxis, 5. Auflage, Tübingen. Zur aktuellen Diskussion siehe zum Beispiel: von Weizsäcker, Ernst Ulrich, Oran R. Young und Matthias Finger (Hrsg.) (2006): Grenzen der Privatisierung – Wann ist des Guten zu viel? Bericht an den Club of Rome, Stuttgart.
- [2] Olson, Mancur (1991): Aufstieg und Niedergang von Nationen. Ökonomisches Wachstum, Stagflation und soziale Starrheit, 2., durchgesehene Auflage, Tübingen (zuerst: The Rise and Decline of Nations. Economic Growth, Stagflation and Social Rigidities, New Haven und London 1982).
- [3] Den Begriff „Geld-“ beziehungsweise „Währungskomplement“ prägte Henning Osmer in seinem Beitrag „Komplementärwährungen und Geldpolitik: Neue Gefahren für Geldwertstabilität und Zentralbanksteuerung“ anlässlich der Konferenz „Monetary Regionalisation“ an der Bauhaus-Universität in Weimar am 28./29.9.2006.
- [4] Zum Problem vermachteter Märkte siehe beispielsweise: Eucken, Walter (1989): Die Grundlagen der Nationalökonomie, 9. unveränderte Auflage, Berlin Heidelberg New York, und: Eucken, Walter (2001): „Das Problem der wirtschaftlichen Macht“, in: Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsordnung, Londoner Vorträge zur Wirtschaftspolitik und zwei Beiträge zur Antimonopolpolitik, herausgegeben vom Walter Eucken Archiv, mit einem Nachwort von Walter Oswalt, Münster.
- [5] Vergleiche Kohr, Leopold (2002): Das Ende der Großen, 2. Auflage, Salzburg Wien, sowie: Schwarz, Gerhard (2007): „Leopold Kohr: Das Ende der Großen“, in: Neue Züricher Zeitung, 9.1.2007, S. 12.
- [6] An der sich im Schwerverkehr zuspitzenden Verkehrsproblematik arbeiten derzeit mehrere Bundesministerien. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung veröffentlichte die weitere Planung unter <http://www.bmvbs.de/Verkehr/Integrierte-Verkehrspolitik-1408/Bundesverkehrswegeplan.htm> mit dem Verkehrswegeplan 2003. Zur integrierten Verkehrspolitik vergleiche auch das Gesamtforschungsprogramm des Ministeriums (2006) unter: <http://www.bmvbs.de/Verkehr/>. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat im Jahre 2003 den Forschungsschwerpunkt „Verkehrsmanagement 2010“ gestartet. Weitere Forschungsaufträge vergaben das Bundesministerium für Umwelt und das Bundesfinanzministerium.
- [7] Siehe Arendt, Hannah (2006): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft – Antisemitismus, Imperialismus, Totalitarismus, 11. Auflage, Originalausgabe: The Origins of Totalitarianism (1951), München, S. 978.
- [8] Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Sicht eines Mediziners und Neurobiologen: Bauer, Joachim (2006): Prinzip Menschlichkeit – Warum wir von Natur aus kooperieren, 2. Auflage, Hamburg, S. 199ff.
- [9] Siehe dazu: Arendt, Hannah (2001): Vita activa oder vom tätigen Leben, München, S. 16ff und S. 119ff, sowie: Arendt, Hannah (2006): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft – Antisemitismus, Imperialismus, Totalitarismus, 11. Auflage, S. 956ff, (Originalausgabe: The Origins of Totalitarianism (1951), München). Vergleiche aber auch: Lévinas, Emmanuel (1999): Die Spur des Anderen. Untersuchungen zur Phänomenologie und Sozialphilosophie, Freiburg und München, S. 209ff.
- [10] Vergleiche Bleischwitz, Raimund (2006): Ko-Evolution zwischen Wirtschaft und Staat – Steuerung: Neue Wege der Kooperation sowie Shanin, Theodor und Ernst Ulrich von Weizsäcker (2006): Ein dritter Sektor zur Wiederherstellung des Gleichgewichts, beide Beiträge in: von Weizsäcker, Ernst Ulrich, Oran R. Young und Matthias Finger (Hrsg.) (2006): Grenzen der Privatisierung – Wann ist des Guten zu viel? Bericht an den Club of Rome, Stuttgart.
- [11] Kritisch argumentierte Gerhard Rösl am 19.4.2006 bei einem Vortrag zum Thema: „Regionalwährungen: Ein Beitrag zur lokalen Wirtschaftsförderung?“ im Rahmen der Museumsabende der Deutschen Bundesbank, ähnlich in: Rösl, Gerhard (2005): „Regionalwährungen in Deutschland“, in: Wirtschaftsdienst, Heft 3/2005, und in: Rösl, Gerhard (2006): Regionalwährungen in Deutschland – Lokale Konkurrenz für den Euro? Diskussionspapier, Reihe 1: volkswirtschaftliche Studien, Nr. 43/2006, Hrsg.: Heinz Herrmann, Thilo Liebig, Karl-Heinz Tödter, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/Main. Siehe auch die Veröffentlichungen von Christian Gelleri, geschäftsführender Vorstand des Vereins Chiemgauer regional e.V., beispielsweise unter <http://www.chiemgauer.info/148.0.html>: Gelleri, Christian (2005): „Der Chiemgauer in der ökonomischen Diskussion – Eine Gegenüberstellung“.
- [12] Dieser Beitrag beschäftigt sich mit realwirtschaftlichen Problemen, die Geldseite wurde an anderer Stelle behandelt. Zum Beispiel in: Kennedy, Margrit und Bernard Lietaer (2004): Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand, München. Zur rationelleren Nutzung der Landeswährung durch die Verwendung von lokalen Komplementärwährungen: Hubert, Eva-Maria (2004): Tauschringe und Marktwirtschaft. Eine ökonomische Analyse lokaler Komplementärökonomien, Berlin. Zu „spontanem“ beziehungsweise privatem Geld siehe insbesondere: von Hayek, Friedrich August (1977): Entnationalisierung des Geldes: eine Analyse der Theorie und Praxis konkurrierender Umlaufmittel, Tübingen, und zur damaligen Selbstverständlichkeit von „akzessorischem“ Geld: Knapp, Georg Friedrich (1923): Staatliche Theorie des Geldes, vierte durchgesehene Auflage, München Leipzig.

B Ü C H E R

■ Hans Christoph Binswanger Die Wachstumsspirale – Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses

Marburg: Metropolis Verlag, 2006. 418 Seiten.

Binswanger, der über Jahrzehnte hinweg wegweisende Einsichten in den verschleierten Zusammenhang zwischen Wachstum, Geld und Ökologie entwickelt hat, hat nun seine groß angelegte Quintessenz vorgelegt. Um es gleich vorweg zu nehmen: Wer seine bisherigen Publikationen zum selben Themenkomplex studiert hat (speziell „Geld und Natur“, Stuttgart/Wien, Edition Weitbrecht, 1991), findet hier keinen neuen Erklärungsansatz oder gar neue Auswege aus der Wachstumsspirale. Was den Reiz des Buches ausmacht, ist vielmehr der Versuch, basierend auf einem Verständnis der kapitalistischen Marktwirtschaft die Gründe für deren permanente Expansion offen zu legen. Die Rolle des Geldes ist dabei zentral. Diese erläutert Binswanger anhand des Übergangs von einer statischen Tauschwirtschaft zur arbeitsteiligen Geldwirtschaft. Dabei bilde sich ein Unternehmertypus heraus, der nicht wie in der Aristotelischen „Oikonomie“ lediglich mit jenen Gütern handle, die als Überschuss einer primär an Selbstversorgung orientierten Produktion verbleiben, sondern auf einen grenzenlos expandierenden Markt ausgerichtet sei:

„Der Expansionsprozess gründet auf der zeitlichen Struktur des Marktprozesses, d.h. auf der Notwendigkeit zur Vorfinanzierung der Produktion mit Hilfe eines Vorschusses, d.h. von Kapital. [...] Die Unternehmen sind künstliche Wirtschaftseinheiten, deren Existenz mit der Verwandlung von Geld in Kapital beginnt. Das Geld, welches zu Kapital wird, müssen die Unternehmungen ausleihen. [...] Das Risiko des Kreditgebers besteht darin, dass die Schuld nicht zurückbezahlt werden kann, das Risiko des Aktionärs, dass die Aktien ihren Wert an der Börse verlieren. Für diese Risiken muss eine Gegenleistung erbracht werden“, nämlich „für den Kredit in Form des Zinses, für den Aktionär in Form des Reingewinns [...]“. Deshalb müsse „ein

Überschuss von Geld in Form eines Unternehmungsgewinns [...] erzielt werden“, der „den Zins für das Fremdkapital und den Reingewinn für das Eigenkapital“ (S. 310) umfasse. Daraus folge, „dass insgesamt stets mehr Geld eingenommen als ausgegeben wird“ (S. 311). Dies gelänge mit Hilfe der Kredit- und Geldschöpfung sowie aufgrund dessen, „dass die Investitionen heute – also sofort – zu einer Erhöhung der Einkommen der Haushalte führen, während die höhere Produktionsmenge, die aus den Investitionen resultiert, erst morgen – also später – auf den Markt kommt. Die Haushalte kaufen daher heute die Produktion von gestern. Auf diese Weise geht die Steigerung der Nachfrage der Steigerung des Angebots immer voraus. Entsprechend sind die Erträge der Unternehmen, die sich aus der Nachfrage der Haushalte ergeben, höher als der Aufwand für die Güter, die die Unternehmungen auf dem Markt anbieten“ (S. 312).

Genau dieser argumentative Fixpunkt ist es, um den sich Binswangers Deutung des Wachstumsphänomens dreht und den er in ein weit-schweifiges Puzzle, bestehend aus Teilaspekten und Versatzstücken verschiedenster Theorieströmungen einbettet. Im ersten Teil des Buches erfolgt eine Abrechnung sowohl mit der neoklassischen Tauschwirtschaft als auch mit der These von der realwirtschaftlichen Neutralität des Geldes. Dann wird die Rolle der Unternehmen und des Kapitals als sog. „Promotionsfaktor“ (S. 72) analysiert. Anschließend gelangen die Geldschöpfung im zweistufigen Banksystem sowie unterschiedliche Zinstheorien ins Visier, unter anderem auch die von Gesell, welche Binswanger interessanterweise als eine Art Vorstufe der Arbeiten von Keynes anerkennt (S. 130 f.).

Der zweite Teil des Buches setzt sich zunächst mit Produktionstheorien auseinander. Angesichts der Schwächen der Grenzproduktivitätstheorie empfiehlt Binswanger eine Rückbesinnung auf die Nettoprodukttheorie. Er arbeitet heraus, dass neoklassische Ansätze generell unfähig seien, das Wachstumsphänomen zu erklären, denn sie bedienen sich letztlich der Ad-hoc-Konstruktion des technischen Fortschritts, erklärten das Wachstum also streng genommen gar nicht, sondern würden es einfach voraussetzen. Zudem negier-

ten sie den enormen Einsatz von Energie und anderen natürlichen Ressourcen als Produktionsfaktor.

Nach einigen Abstechern in umweltökonomische Gefilde wird eine weitere Voraussetzung für Wachstum aufgegriffen, nämlich die „Imagination als geistige Ressource“ (S. 231). Abgesehen davon, dass ungeklärt bleibt, ob es sich dabei eher um Kreativitäts- bzw. Innovationspotenziale auf Unternehmensseite oder um die nach oben offene Steigerung von Konsumbedarfen handelt, vollzieht Binswanger hier genau jenen Schritt, den er an anderen Wachstumstheorien kritisiert: die Konstruktion einer unscharfen Restgröße, in die sich vieles hineinpacken lässt.

Im nächsten Abschnitt wird die Staffelung des Wettbewerbs als Wachstumsfaktor untersucht. Hier entzaubert der Verfasser äußerst elegant den Mythos des qualitativen Wachstums, indem er darlegt, wie quantitatives und qualitatives Wachstum sich gegenseitig verstärken. Nach einer Behandlung von Verteilungsfragen wird im dritten Hauptteil das eigentliche „Spiralmodell“ (S. 305) entwickelt. Es folgen einige mathematisch-analytische Darlegungen, so auch zur Ermittlung einer mindestens erforderlichen Wachstumsrate, deren Unterschreiten mit Verlusten und wirtschaftlichen Zusammenbrüchen einher gehen würde. Hier zeigt sich, dass die minimale Wachstumsrate, aus der sich ein Wachstumszwang ableiten lässt, positiv mit dem Zinssatz korreliert ist.

Den vorletzten Abschnitt des Buches verwendet Binswanger darauf, Wachstumshemmnisse aufzuzählen, um deren Vermeidung sich der Staat durch entsprechende Maßnahmen kümmern möge. Wachstumskritik? Keine Spur. Ganz im Gegenteil: Die Möglichkeit eines Gleichgewichtszustandes jenseits von Expansion und Schrumpfung verneint Binswanger ausdrücklich. Auch auf die Möglichkeiten einer Dematerialisierung oder Ökologisierung des Wachstums geht er kaum ein. Nur im letzten, beinahe lapidar mit „Ergänzung“ überschriebenen Abschnitt deutet er etwas an, das – wenn es angesichts zeitgenössischer Lebensstilerwartungen nicht so abstrus erscheinen müsste – den einzigen Ausweg darstellen könnte: die schon erwähnte Aristotelische „Oikonomike“, in

der Geld nur als Recheneinheit dient und die hochgradig auf Selbstversorgung ausgelegt ist. Diese im übrigen mit dem statischen Walras-Modell korrespondierende Ökonomie wäre durch Sättigung und die „Repetition des einmal erreichten Gleichgewichtszustandes“ (S. 384) charakterisiert. Aus dem Vorhandenen den optimalen Nutzen zu extrahieren statt seine permanente Expansion anzustreben, setzt einen gewissen Grad an Bescheidenheit voraus. Aber ist nicht die Attraktivität eines solchen Zustandes am Ende ebenfalls nur eine Frage der „Imagination“?

Binswangers Opus Magnum fordert dem Leser an einigen Stellen hohe Konzentration ab, weil der rote Faden nicht immer erkennbar ist und weil einzelne der mathematisch-formalen Exkurse (speziell im Anfangsteil) etwas holprig oder redundant wirken. Hinzu kommt Manches, worüber sich kontrovers diskutieren ließe. Aber dafür entschädigen die vielen erhellenden Passagen. Und überhaupt: Binswanger hat mit diesem Werk einen enorm wichtigen Baustein zum Verständnis von ökonomischen Wachstumsprozessen vorgelegt, den man nicht mehr missen möchte.

Niko Paech

■ **Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (Hg.)
Mythen der Ökonomie –
Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen**

Hamburg: VSA-Verlag, 2005. 166 Seiten.

Dass Mythen nicht nur anonym überlieferte Erzählungen tradierter Mündlichkeit sind, die über Heroen und Götter handeln, hat Roland Barth in den „Mythen des Alltags“ 1964 dargelegt. Er beschreibt den Mythos als doppelt sprachlich-codiertes System, dessen Wirkmächtigkeit darauf beruht, nicht nur im eigentlichen Wortsinn verstanden zu werden, sondern vielmehr in einer zweiten Lesart für etwas anderes zu stehen. Der Farbige, der vor der französischen Trikolore salutierte, ist einerseits ein Bild als solches, während es auf zweiter Ebene vor dem Hintergrund des kolonialen Frankreich eine wesentlich anders gelagerte Aussage vertritt: Die Kolonien stehen dem Mutterland loyal gegenüber, es besteht kein

Verdacht auf französische Hegemonie und Ausbeutung.

Mythen „geben sich den Anstrich von Unschuld und Natürlichkeit und lenken die Aufmerksamkeit von sozialen und historischen Ursachen und Bedingungen ihres Gegenstandes ab“ (S.7), heißt es auch im Vorwort des Buches „Mythen der Ökonomie“. Um die Dekonstruktion dieser wirtschaftlichen Mythen geht es einer Gruppe von Sozialwissenschaftler/innen des Beirats für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. Durch die Einteilung in Staats-, Arbeits-, Unternehmens- und Gesellschaftsmythen bietet sich dem Leser ein Panorama neoliberaler doktrinähnlicher Argumentation, gegen die das Buch eine „Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung“ sein will: „Geht’s der Wirtschaft gut, geht’s uns allen gut“, „Arbeit ist zu teuer“ oder „Arbeitslosigkeit entsteht durch zu wenig Flexibilität am Arbeitsmarkt“. 29 Mythen dieser Art nennen die Autoren, die im Folgenden primär durch empirisches Material und weniger durch volkswirtschaftliche Theoriebildung wenn nicht als falsch, so doch als zu relativierend erklärt werden.

Destruiert wird etwa die Forderung nach mehr Eigenverantwortung (S.140–144): Der Wohlfahrtsstaat habe, so meint der gesunde Hausverstand des wirtschaftspolitischen Mainstreams, die Bürger durch soziale Sicherungssysteme entmündigt. Statt dem Staat die Aufgaben kollektiver Versorgung zuzumuten, solle sich jeder selbst um eine private Vorsorge für Krankheit, Unfall und Alter kümmern. Eine Argumentation, die in mehrfacher Hinsicht den Autoren fragwürdig erscheint: Dies liegt zunächst einmal am diffusen Begriff der Eigenverantwortung selbst, denn „es geht offensichtlich nicht um Verantwortung, die sich Einzelne selbst zumuten, sondern um eine Fremdzuschreibung von Verantwortung.“ (S. 140) Eigenverantwortung wird hier von Eliten im Sinne eines negativen Freiheitsbegriffs in den Diskurs eingebracht. Eigenverantwortung wird von außen zugeteilt ohne auf die eigentliche Bedeutung des Wortes, im Sinne einer selbst zugemuteten Verantwortung, Rücksicht zu nehmen. So sind etwa in Österreich überhaupt nur rund 40% der Menschen finanziell in der Lage (S. 141),

die privaten Vorsorgemöglichkeiten zu nutzen. Von Seiten neoliberaler Argumentation daher von „Anstrengung des Einzelnen“ und „guten Willen“ (S. 141) zu sprechen, mutet schon zynisch an, gerade in einer vernetzten Welt, in der ein Großteil der Einflussfaktoren external, vom Individuum unbeeinflussbar, zustande kommen. Der neoliberale Diskurs setzt damit ganz bestimmt fest, welche Handlungen als eigenverantwortlich gelten und welche nicht; die Politik entzieht sich gleichzeitig ihrer Verantwortung, um die Schuldfrage ökonomischer Wechselfälle primär dem Individuum zuzuweisen.

Letztlich zeigen sich die Mythen als extrem redundante Hypothesen, die durch eine differenzierte Betrachtung leicht relativiert oder als unzutreffend erkannt werden können. Was am Mythos zählt, ist weniger seine tatsächliche Aussage, die sich in keiner Weise auf eine fundierte Basis bezieht, sondern vielmehr die leichtverständliche Eingängigkeit in das Denken, die damit an den „gesunden“ Hausverstand appelliert. Damit präsentieren sich die Mythen als sprachlich-symbolische Metasysteme, indem über die semantische Erstcodierung eine symbolische Codierung möglich wird. Verantwortlich dafür ist vor allem die Wissenschaft, wie die Autoren im Sinne Horkheimers und Adornos („Dialektik der Aufklärung“) meinen, da „wirtschaftliche Expertenansichten [...] so lange unwidersprochen [bleiben], bis sie den Charakter von Volksmythen annehmen“ (S. 8).

Die Idee der „Mythen der Ökonomie“ ist sicherlich eine gelungene, nur in Anbetracht des Untertitels „Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung“ wird die Frage evident, ob nicht das, was verteidigt wird, nicht schon selbst wieder mythologische Formen angenommen hat. Den Rahmen des im kapitalistischen System Möglichen verlassen die Autoren nie. So wird die Staatsverschuldung als durchaus sinnvoll bezeichnet, gleichzeitig wird auch vor der Gefahr der damit verbundenen und wachsenden Zinsrückzahlung gewarnt, die Geldordnung an sich jedoch wie die ihr eigentümlichen Wirkmechanismen (Zins, Geldschöpfung der Privatbanken ...) werden nicht hinterfragt. Letztendlich handelt es sich bei den „Mythen der Ökonomie“ um ein lesenswertes

Buch, das in einigen Fragen selbst einem Mythos aufsitzt.

Alexander Preisinger

■ Martin Walser Angstblüte - Roman

Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag, 2006. 477 Seiten.

So wie Emile Zola im ausgehenden 19. Jahrhundert in seinen großen Romanen „Die Beute“ und „Das Geld“ die damalige Pariser Finanzwelt durchleuchtet hat, so schildert Martin Walser in seinem neuen Roman „Angstblüte“ die moderne Finanzwelt im Zeitalter der Globalisierung. In ihr geben „Millionensassas“ den Ton an, die mit Immobilien, Aktien und Devisen ebenso geschickt spekulieren wie mit Antiquitäten und Kunstwerken. Sie wissen auch, wie man „Spekulationsboote“ erfolgreich durch „Finanzorkane“ steuert. (82,87-88)

Hauptfigur dieses Romans ist der 70jährige Münchener Anlageberater Karl von Kahn, für den Warren Buffett „mein Vorbild, mein Hausheiliger, meine Herzensikone“ ist. In seinem „Anlagen-Gewächshaus“ hat er das leidenschaftliche Vermehren von Geld durch Zins und Zinseszins zu seinem Lebensinhalt gemacht: „Karl von Kahn und seine Kunden sind für das Lebendige: Zins und Zinseszins. Verbrauch ist banal. Das Leben will die Wieder- und Wieder- und Wiederanlage des Erworbenen. ... Wir säen den Zins und ernten den Zinseszins. ... Wenn wir aber den Zinseszins-Zins erleben, erleben wir Religion.“ (S. 23-27, 244 und 398)

Bei alledem hat Karl von Kahn das Gefühl, „er fülle sich selbst nie ganz aus“. Und seine Frau Helen betrügt er schamlos mit der mehr als 30 Jahre jüngeren Filmschauspielerin Joni Jetter, die die Hauptrolle in einem von ihm finanzierten Film „Das Othello-Projekt“ spielen soll. Kahns Ängste, sein mangelndes Selbstwertgefühl und seine Charakterschwächen könnten als Anzeichen für eine Absicht Walsers erscheinen, die moderne Welt als eine verkehrte Welt darzustellen und die Frage nach Strukturen einer besseren Welt aufzuwerfen, in der alle Menschen versöhnt zusammenleben könnten. (109,115) Gerade das scheint aber – leider – nicht seine Absicht zu sein.

Zwar stellt Walser nach den Kontroversen um seine umstrittene Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels (1998) sowie um seinen nicht weniger umstrittenen Roman „Der Kritiker“ (2002) in einigen in den Roman eingefügten historischen Rückblenden klar, dass der „Hitlerwahn“ den „Wilhelmsprotz“ noch übertroffen und der Nationalsozialismus ein „Drecksregime“ aufgerichtet habe. (146-148 und 184) Davon abgesehen will Walser den modernen Kapitalismus und seine Ausbreitung über die ganze Welt aber offenbar nicht kritisieren. In einem Interview mit der „Wirtschaftswoche“ stellt er sich gegen die „Arroganz des Kulturbetriebs mit seinen ideologischen Ansichten“ und betont unter dem Beifall des Redakteurs: „Letztlich bleiben nur Geld und die Vermehrung des Geldes, um unabhängig zu sein. ... Meine Figuren wollen das Anlegen zu dem machen, was vorher das Sparen war. Das ist doch etwas Schönes. Das ist Karl von Kahns Botschaft: Anlegen soll ein Volkssport werden. Es muss das Sparen verdrängen.“ (Wirtschaftswoche Nr. 29/2006, S. 3 und 90-93)

Anders als in Zolas „Geld“ gibt es in Walsers „Angstblüte“ keine soziale Einrichtungen fördernde Fürstin d'Orviedo und auch keinen jungen Menschen wie Sigismond, der Traktate über Theorien zur Verbesserung der Welt schreibt. Im Gegenteil – Karl ist der Ansicht, dass sein bester Freund Lambert alias Diego eine „ziemlich unverbüllte Freundschaftsverminderung“ betreibt, um auf seine Frau Gundi Rücksicht zu nehmen, die der „Gerechtigkeitsillusion“ anhängt und als Mitglied der „kulturellen Fraktion ... trivialantikapitalistisches Zeugs“ daherredet. „Karl wusste, wie Geistesmenschen, die von Geschäften nichts verstehen, über die Geldwelt dachten und mehr noch schrieben als dachten.“ Im Gegensatz zu Politikern, Künstlern, Dichtern und Philosophen sagen ihm die „Sprüche“, wonach das Kapital dem Menschen dienen müsse und nicht umgekehrt, überhaupt nichts. „Karl von Kahn bedurfte keiner Umwege dieser Art. Er lebte von dem Gefühl, die Welt verbessere sich von selbst.“ (59, 79,113, 121-122)

In seiner „Kunden-Post“ fasst Karl von Kahn die Lehren zusammen, die nach seiner Ansicht

aus der Nachkriegsgeschichte des 20. Jahrhunderts zu ziehen sind: „Der Staat schafft nicht. Seien wir froh, dass wir diesem Zirkus der Verantwortungslosigkeit entronnen sind.“ Vielmehr müsse dem „Markt als Naturgeschehen“ freier Lauf gelassen werden. „Die Politik kann sich gegen den Markt so wenig durchsetzen wie gegen das Wetter. ... Wer den Markt moralisch fassen will, fasst immer nur sich selbst.“ (24,27,241,408)

Ein weiterer Artikel in Karl von Kahns „Kunden-Post“ trägt den Titel: „Matthäus für Anleger“. Darin polemisiert er „gegen die „Kapitalistenarie vom bösen Zins“, die „Aristoteles, Thomas von Aquin und Karl Marx im Chor singen.“ (409) Demgegenüber sieht Karl von Kahn in Übereinstimmung mit der klassisch-neoklassischen Ökonomie im Geld weiter nichts als ein neutrales, den Märkten dienendes Tauschmittel. „Geld hat ja an sich keinen Wert. Du musst es in ein gewinnbringendes Verhältnis bringen. ... Geld vermehren, um seiner selbst willen betreiben, ist nämlich die einzige menschliche Tätigkeit, die unanzweifelbare Werte schafft.“ (241,244)

Demnach gibt Walsers Roman „Angstblüte“ der neoliberalen Ideologie der grenzenlosen Geldvermehrung geradezu ihre dichterische Legitimation. Aber ist das Sparen wirklich etwas Altmodisches, das durch das Anlegen und Vermehren von Geld auf den internationalen Finanzmärkten verdrängt werden sollte? Zeigt dieser Verdrängungsprozess nicht vielmehr, wie sehr sich die internationalen Finanzmärkte bereits gegenüber dem realwirtschaftlichen Zusammenhang zwischen dem Sparen und dem Investieren ver selbstständig haben? Ist Karl von Kahns Motto „Bergauf beschleunigen“ (443) wirklich ein zukunftsfähiges Leitbild für die Gesellschaft? Oder ist die Religion der Geldvermehrung vielleicht eher eine Pseudoreligion?

In seiner vehementen Abneigung gegen „linkes Eo-ipso-Bessersein“, gegen die „öffentliche Politmoralshow“ und gegen alle „Verbesserungsvereine dieser Welt“ (396,406) verkennt Walser, dass der Markt durch die von ihm nicht wahrgenommene strukturelle Macht des Geldes kapitalistisch verfälscht wird und gar nicht die „einzige Verbesserungskraft“ sein kann, für die er sie hält. (Interview S. 93) Gewiss hat sich der Staat

als ein wirtschaftliche Vorgänge dirigistisch lenkender Interventionsstaat nicht bewährt. Aber – und das ist kein marxistisches Argument, sondern ein Argument, dass sich aus den Einstellungen von Aristoteles und Thomas von Aquin zum Zinsnehmen ableiten und weiterentwickeln lässt – als ein demokratischer Rechtsstaat, der dem Geld seine Macht und Fähigkeit zur Selbstvermehrung nimmt und der der Marktwirtschaft eine gerechte Rahmenordnung ohne Monopole gibt, ist der Staat notwendiger denn je.

Werner Onken

B E R I C H T

■ Geldreform-Kongress in den USA

Vom 21. bis 24. September 2006 fand an der Roosevelt University in Chicago die zweite Geldreformkonferenz des American Monetary Institutes (AMI, www.monetary.org) statt. Das AMI steht in der Tradition der sogenannten Chicago Schule und Irving Fisher's, die Anfang der 1930er Jahre die Abschaffung der privaten Geldschöpfung forderten und eine 100% Mindestreserve auf alle Sichtguthaben vorschlugen. Während heute der Großteil der zahlungswirksamen Geldmenge von privaten Geschäftsbanken im multiplen Kreditvergabeprozess geschaffen wird, ist in einem 100%-System allein die Zentralbank zur Geldschöpfung berechtigt. Darüber hinaus wird das ausschließlich vom Staat geschöpfte Geld direkt oder indirekt in Form einer Bürgerdividende in Umlauf gebracht, d.h. ohne dass ein Schuldverhältnis begründet werden muss.

Direktor des AMI und Organisator der Konferenz ist Stephen Zarlenga, dessen Hauptwerk „The Lost Science of Money“ zuerst im deutschsprachigen Raum als „Der Mythos vom Geld“ erschien und in der ZFSÖ (Folge 133 und 139) besprochen wurde. Ebenso dürfte das inhaltlich nahe stehende Vollgeldkonzept von Joseph Huber bekannt sein (ZFSÖ Folge 133 und 142).

Die Konferenz fand mit über 80 Teilnehmern aus den USA, Kanada, Australien und Großbritannien regen Zuspruch. Der langjährige AMI-Aktivist Richard Distelhorst sprach zunächst

über die Gründe und die langfristige Entwicklung der öffentlichen und privaten Verschuldung in den USA. Die meisten Konferenzteilnehmer dürften mit der deutschsprachigen Geldreformbewegung die Überzeugung teilen, dass unser heutiges Geldsystem mit seinem Zinsmechanismus zu zunehmender Verschuldung und zur Instabilität des Weltfinanzsystems führen wird. Während die deutschsprachige Geldreformbewegung die Liquiditätsprämie und das stets positive Zinsniveau für die exponentiell anwachsende Verschuldung verantwortlich macht, sehen Anhänger der 100%-Mindestreserve den heutigen Geldschöpfungsprozess als Wurzel allen Übels an. Eine nicht schuldenbasierte Geldschöpfung wie im 100%-Mindestreservesystem würde einer Verschuldungskrise die ursprüngliche Basis entziehen und somit schon einen Schritt vor den freiwirtschaftlichen Lösungsvorschlägen ansetzen.

Der Pensionsfonds-Manager David Hershey diskutierte die geldtheoretischen Ideen Frederick Soddy's aus der Sicht eines Finanzmarktpraktikers. Hershey hob die Einsicht Soddy's hervor, dass Gewinne aus geometrisch verzinsenden Finanzanlagen und reale Vermögenszuwächse langfristig unvereinbar sind (siehe auch ZfSÖ 151). Obwohl er darauf hinwies, dass sich Soddy der Abnutzung und Entwertung realer Vermögenswerte bewusst gewesen sei, standen Soddy's Reformvorschläge – Staatsmonopol bei der Geldschöpfung, 100%-Mindestreservehaltung und Ausrichtung der Geldpolitik an einem explizitem Inflationsziel – der Chicago-Schule näher als freiwirtschaftlichen Lösungsansätzen. Die Berührungspunkte zwischen diesen beiden Reformansätzen sind allerdings mehr als nur oberflächlich. So war Irving Fisher z.B. Anhänger beider Reformvorschläge und Christopher Mensching argumentiert im ZfSÖ-Heft 147 von der Notwendigkeit einer doppelten Geldreform.

Auch in Großbritannien hat die 100%-Mindestreserve viele Anhänger. Alistair McConnachie, Herausgeber des Prosperity Newsletter (www.prosperityuk.com), berichtete im Vorjahr von der jährlich stattfindenden Bromsgrove Conference, während in diesem Jahr Kenneth Palmerton aus Schottland die mehr als 1000-jährige Geldge-

schichte der Kanalinseln Guernsey and Jersey vor dem Vergessen bewahrte. Palmerton, der auf Jersey geboren wurde, führte die traditionell geringe Steuerbelastung der Inselbewohner auf deren Geldsystem zurück. Geld wurde in diesen lokal begrenzten Ökonomien nur geschaffen, wenn ein Bedürfnis für ein Infrastrukturprojekt festgestellt wurde und wenn darüber hinaus Material und Arbeit zur Verfügung standen. Die Inselbewohner haben sich bis heute das Vorrecht bewahrt, ihr eigenes Geld zu drucken, wenn auch in einer Währungsunion mit Großbritannien. James Gibb Stuart, im traditionellen schottischen Kilt auftretend, sprach von der asiatischen Währungskrise von 1998 und wie er gebeten wurde, der malaysischen Regierung Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Wie von Gibbs vorgeschlagen, führte Malaysia u.a. Kapitalverkehrskontrollen ein, lehnte weitere IWF-Kredite („Hilfspakete“) ab und räumte der Versorgung der einheimischen Bevölkerung einen höheren Stellenwert ein als der Bedienung ausländischer Kredite. Diese viel kritisierten Maßnahmen trugen dazu bei, dass Malaysia die Währungskrise besser als andere Staaten in der Region überstand.

Der Name Silvio Gesells tauchte in den Diskussionen oft auf. Aber entgegen einer Ankündigung des Veranstalters gab es keine systematische Einführung in seinen Geldreformvorschlag und keine Diskussion der inhaltlichen Differenzen zum 100%-Mindestreservevorschlag.

Auf der Konferenz wurde deutlich, dass die Bemühungen des AMI weit über theoretische Diskussionen hinausgehen. Ken Bohnsack berichtete z.B. über seine privat finanzierte Lobbytätigkeit in Washington. Es gelang ihm dabei, 25 Kongressabgeordnete als Co-Sponsoren für seinen Sovereign-Vorschlag zu gewinnen, der die Ausgabe zinsloser Kredite an Städte und Kommunen beinhaltete. Zurzeit arbeitet das AMI daran, die Reformvorschläge als American Monetary Act in den Gesetzgebungsprozess einzubringen. Zarlengas Lobbyarbeit hierfür in Washington führte übrigens dazu, dass der Kongressabgeordnete Dennis Kucinich, der wiederum eine Nominierung als demokratischer Präsidentschaftskandidat anstrebt, und die damalige As-

sistentin Zarlengas heirateten. Seitdem haben sich nicht nur die politischen Einflussmöglichkeiten in Washington erweitert, sondern dass AMI konnte Dennis Kucinich zum zweiten Mal als Hauptredner auf der Konferenz begrüßen.

Obwohl mir die Lobbyarbeit des AMI als sehr professionell erschien, wurde dieser Eindruck durch den Vortrag von Edward Chambers relativiert. Dr. Chambers ist Präsident der Industrial Areas Foundation (IAF) die sich darauf spezialisiert hat, Vertreter verschiedenster Gruppierungen zu professionellen Organisatoren auszubilden. Erfolgreiche Bewegungen müssen laut Chambers nicht nur genügend finanzielle Mittel haben um mehrere Vollzeitkräfte zu beschäftigen, sie müssen auch z.B. mehrere inhaltliche Schwerpunkte besitzen und Koalitionen mit nahestehenden Verbänden eingehen. In diesem Sinne sehe ich auch die Vorträge von Charles Walters, dem Begründer des Acres Magazin, einer Zeitschrift für ökologischen Landbau, und den Vortrag von Randy Cook, dem Vorsitzenden der National Organization of Raw Materials. Walters und Cook argumentierten für ein Paritätssystem, das faire Preise für Farmer und für Rohstoff-Produzenten propagiert. Ich stehe diesen Konzepten zwar sehr skeptisch gegenüber, erkenne aber an, dass es Stephen Zarlenga durch diese Kooperation gelungen ist, das Geldthema auch in andere Kreise zu tragen. Da es mir unmöglich ist, näher auf Chambers' hervorragenden Vortrag im Einzelnen einzugehen, möchte ich darauf hinweisen, dass seine Ausführungen in seinem Buch "Roots for Radicals: Organizing for Power, Action, and Justice" nachzulesen sind.

Die mehr als 20 Konferenzbeiträge lassen sich hier nicht alle referieren, aber sie können als Audio-Mitschnitt auf einem über www.monetary.org bestellbaren CD-Set angehört werden. Ganz im Sinne Chambers hat meine Teilnahme an den beiden Konferenzen meine Überzeugung gestärkt, dass eine Kooperation zwischen Geld-reformern und Vollgeld-Anhängern für beide Seiten von Vorteil wäre. So blicke ich schon wieder gespannt auf die nächste im September 2007 stattfindende Konferenz und hoffe auf weitere interessante Denkansätze.

Norman Ehrentreich

40. MÜNDENER GESPRÄCHE

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Privilegien, Macht und Markt

Samstag / Sonntag, 21/22. APRIL 2007,
Reinhardswaldschule, Fuldaatal-Simmershausen bei Kassel

SAMSTAG, 21. APRIL 2007

- 9.00 Uhr **Eröffnung der Tagung**
*Jörg Gude, Dipl. Vw.Ass.jur., Tagungsleiter
Sozialwissenschaftliche Gesellschaft*
Einführung in das Tagungsthema
*Fritz Andres, Kirn,
Seminar für freiheitliche Ordnung*
- 9.15 Uhr **Die Dominanz des Kapitals über Arbeit und Natur ?**
Prof. Dr. em. Gerhard Scherhorn, Mannheim
- 11.00 Uhr **Vom Vorrecht des Geldes zur Dominanz des Kapitals**
Prof. Dr. Thomas Huth, Universität Lüneburg
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 14.30 Uhr **Das Modell der Fairen Marktwirtschaft-u.a. ohne Aktiengesellschaften**
Dr. Stephan Bannas, Köln
- 17.00 Uhr **Patente als Vor-Rechte**
Prof. Dr. habil. Dirk Löh, FH Trier / Umweltcampus Birkenfeld
- 18.00 Uhr Abendpause
- 20.00 Uhr Gespräch mit den Referenten in Arbeitsgruppen

SONNTAG, 22. APRIL 2007

- 9.00 Uhr **Bodenordnung als Privilegienordnung**
Fritz Andres, Seminar für freiheitliche Ordnung, Bad Boll
- 10.30 Uhr Abschließende Podiumsdiskussion mit den Referenten der Tagung und offenes Gespräch mit den Teilnehmer/innen
- 12.30 Uhr Ende der Tagung – Änderungen vorbehalten!

Anmeldung erforderlich. Einladung und Anmeldeformular bitte anfordern von: Geschäftsstelle der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft, Postfach 15 50, 37145 Northeim
Fon: 05503-805 389 (E. Lindner) Fax: -805 394
eMail: SG.Lindner@t-online.de oder im Internet:
www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

PERSONALIE

■ Unser Mitarbeiter Norman Ehrentreich wurde im vergangenen Jahr an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg zum Dr. rer. pol. promoviert. Seine Dissertation „Technical Trading, Wealth Accumulation, and Genetic Drift in Two Versions of the Santa Fe Institute Artificial Stock Market“ wird demnächst im Springer Verlag erscheinen. Seit Juni letzten Jahres arbeitet Norman Ehrentreich in Minneapolis/USA als quantitativer Investment Analyst für festverzinsliche Wertpapiere bei Ameriprise Financial.

■ Die Zukunft des Bildungswesens nach der Föderalismusreform

Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung am 2. und 3. Juni 2007

■ Auswirkungen einer Reform der Geldordnung

Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung am 21. und 22. Juli 2007

Nähere Auskünfte hierzu und auch zu anderen Tagungen des Seminars:

Seminars für freiheitliche Ordnung

Sekretariat, Badstr. 35, 73087 Boll

Fon: 07164 – 35 73 | Fax: 07164 – 70 34

eMail: info@sffo.de | Internet: www.sffo.de

VERANSTALTUNGEN

■ Mensch und Ökonomie – Wirtschaften zwischen Humanität und Profit

Tagung der Freien Akademie vom 28. April bis 1. Mai 2007 auf dem Gutshof Havelland in Ketzin-Falckenrehde mit Beiträgen von Prof. Dr. Jörg Albertz, Dr. Dieter Fauth, Fritz Andres, Prof. Dr. Roland Geitmann, Prof. Dr. Thomas Marxhausen, Dr. Gunter Willing, Prof. Dr. Wilhelm Guggenberger, Prof. Dr. Bernd Senf und Bernd Fesel.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Carola Mueller, Falkensee | Fon: 03322 – 20 59 41

eMail: familie_dr.mueller@t-online.de

Internet: www.freie-akademie-online.de

■ Grundeinkommen für alle?

CGW-/INWO-Tagung vom 17.–20. Mai 2007 im Gästehaus des Karmelitenklosters in Birkenwerder bei Berlin mit Beiträgen von Prof. Günther Moewes, Ralf Welter, Ronald Blaschke, Prof. Dr. Roland Geitmann und Dipl.-Math. Alwine Schreiber-Martens sowie einem Erich-Mühsam-Portrait „Sich fügen heißt lügen“ mit Liedern und Texten von Klaus Hugler und Isabel Neuenfeldt.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Werner Onken, Steenkamp 7, 26316 Varel

eMail: info@sozialoekonomie.info

Internet: <http://www.sozialoekonomie.info/>

[Veranstaltungen/Birkenwerder_Programm/](http://www.sozialoekonomie.info/Veranstaltungen/Birkenwerder_Programm/birkenwerder_programm.html)

[birkenwerder_programm.html](http://www.sozialoekonomie.info/Veranstaltungen/Birkenwerder_Programm/birkenwerder_programm.html)

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Dr. Norman Ehrentreich

4146 Sheridan Ave N.,

Minneapolis MN 55412

USA

Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude

Wiedel 13

48565 Steinfurt

Dr. Eva-Maria Hubert

Dipl.-Pol. und Dipl.-Verw.-wiss. Klaus Karwat

Barbarossastr. 7

10781 Berlin

Dipl.-Soz.-wiss. Claude Million

Vogesenstr. 70

4056 Basel

Schweiz

Dr. habil. Niko Paech

c/o Carl-von-Ossietzky-Universität Fakultät II

Ammerländer Heerstr. 114 – 118

26129 Oldenburg

Alexander Preisinger

Brünner Str. 209/5/17

1210 Wien

Österreich